

Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. (frei ins Haus). — (Einzelne Nummer 15 Pfg.)
Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mt. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 837 b des 16. Nachtrages zur Zeitungspreisliste.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Straße 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg.
Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Straße 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Reclur“ Zimmer-Straße 54.

Nr. 18.

Sonnabend, den 3. Dezember 1887.

I. Jahrgang.

Inhalt:

Der Chauvinismus in Frankreich und die französischen Arbeiter. — Die Grundzüge der Altersversicherung. — Sozialpolitische Streifzüge. — Unternehmergeständnisse. — Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Sachsen. — Aus dem Reichstage.

Berliner Straßenschild. — Lebenslauf eines Schmiedegesellen. — Kinderarbeit. — Der Kongress der französischen Gewerkschaften. — Die Lage der Ziegelarbeiter in der Umgebung Berlins. — Die Bewegung der Posamentierer in Berlin.

Die Rede des Abg. Bebel. — Kleine Mittheilungen. — Vereine und Versammlungen.

Der Chauvinismus in Frankreich und die französischen Arbeiter.

Der französische Chauvinismus ist so sprichwörtlich geworden, und die Worte Vaterland und Nationallehre spielen im französischen Leben eine so hervorragende Rolle, daß es geboten erscheint, einen Blick auf die Stellungnahme zu werfen, welche die französischen Sozialisten diesen Begriffen gegenüber einnehmen.

Es sei hier voraus bemerkt, daß der Chauvinismus wie überall so auch in Frankreich eine künstlich gezogene Pflanze ist, welche in dem der Nation eigenthümlichen Individualismus und Subjektivismus einen günstigen Boden fand. Seine eigentliche Entwicklung stammt aus der Zeit her, wo die Bourgeoisie zur Herrschaft gelangte, und Schritt für Schritt mit dieser Herrschaft zusammen ist er gewachsen. Je weniger die Bourgeoisie die Versprechungen und Hoffnungen erfüllte, welche sie dem Volke vor und während der Revolution gemacht und deren Einlösung dasselbe erwartete, um so mehr war sie bestrebt, durch die ihre Macht verkörpernden Exekutivgewalten und den ganzen ihr zur Verfügung stehenden Apparat für Volksbeeinflussung die Masse durch die äußere „Gloire“ zu blenden und den Nationaldünkel groß zu ziehen. Die Niederlage von 1870—71 hat dem französischen Chauvinismus noch eine Mischung jenes bitteren Stolzes beigegeben, mit dem unverschuldete Unglück getragen zu werden pflegt.

Gerade seit dem letzten Jahre weist Deutschland die analoge Erscheinung zu der angeführten auf. Je weniger das deutsche Reich die Hoffnungen verwirklichte, welche sich an seine Errichtung knüpften, um so mehr wurde von den interessirten Kreisen Alles aufgeboten, das Volk durch Chauvinismus über die wahre Sachlage zu täuschen. Und wenn sich auch die eigentliche Masse nicht von der geschaffenen Strömung fortziehen ließ, so ist doch in dem Groß- und Kleinbürgerthum ein Nationaldünkel gezüchtet worden, welcher dem französischen durchaus in nichts nachsteht und sich mindestens ebenso widerlich breit macht als dieser.

Wie verhalten sich nun die französischen Sozialisten dem Nationalgefühl und sogar dem krankhaft gesteigerten Nationalgefühl gegenüber?

Die Marx'sche Theorie vom Klassenkampf schiebt den falschen Patriotismus aus. Sobald es auf der Erde nur eine einzige Kapitalistenklasse giebt, welche eine Arbeiterklasse ausnützt, kommt es wenig darauf an, ob Ausbeuter und Ausgebeutete diesseits oder jenseits der Grenzen wohnen. Alle Kapitalisten haben gemeinsame Interessen, sämtliche ausgenutzte Arbeiter gleichfalls, und die Interessen beider Gruppen liegen in fortwährendem Kampfe mit einander. Wenn die Ausbeutung international ist, so muß auch die Solidarität der Arbeiter und die schließliche Umgestaltung der Gesellschaft international sein.

Die französischen Sozialisten, welche, wie wir gezeigt, alle mehr oder weniger auf der Marx'schen Theorie fußen, predigen stets die obigen Grundsätze, bekennen sich programmäßig als Anhänger der internationalen Solidarität des Proletariats der gesammten Welt. Bei jeder Gelegenheit betonen sie den Einklang ihrer Interessen und Bestrebungen mit denen der Arbeiter aller Länder und den Klassen Gegensatz, welcher sie von den oberen Zehntausend ihres eigenen Landes und aller anderen Länder trennt. Alles dies steht aber im schroffsten Widerspruche zu der üblichen Auffassung von Patriotismus und zu seinen Auswüchsen. Besonders die Kollektivistin als die klarste und zielbewussteste der sozialistischen Fraktionen und Fraktionchen treten stets voll und ganz für die internationale Solidarität ein, auch in Fällen, wo sie voraus wissen, daß sie durch ihre Theorie und Haltung die chauvinistischen Gefühle der Massen verletzen und daß sie eventuell dafür büßen müssen. Bei jeder Hege, die noch bis jetzt gegen die Deutschen begonnen wurde, bei jedem wichtigen Ereignisse auf dem sozialen Kampfplatze anderer Länder haben sie ihrem Internationalismus ungehämten Ausdruck verliehen. Aber auch die übrigen Bataillone des französischen Sozialistenheeres erkennen theoretisch das Prinzip der internationalen Solidarität an und stellen es über den Patriotismus.

In dem Programm aller sozialistischen Parteien Frankreichs gelangt ihr internationaler Charakter zum reinen Ausdruck. Es ist dem Wesen nach identisch mit dem Programm der sozialistischen Arbeiterparteien der alten und neuen Welt, bekennen sich wie diese zu dem Prinzip des Klassenkampfes und der Emanzipation der Arbeit durch Vergesellschaftung der Rohstoffe und Produktionsmittel und zu allen übrigen Forderungen des zielbewussten Proletariats.

So ist die Internationale, welche der Form nach nicht mehr existirt, dem Wesen nach lebendiger als je; sie athmet in dem Programm der Sozialistenparteien aller Länder, ihr Herzschlag klopft in jeder Erklärung, jedem thatsächlichen Beweise der internationalen Solidarität der gesammten Arbeiterwelt.

Dies über die theoretische Stellung der französischen Sozialisten zu dem Prinzip des Internationalismus.

Allerdings was die Praxis, das Leben anbelangt, so kämpft sich das Gefühl der internationalen Solidarität nur langsam, Schritt für Schritt, durch. Der Individualismus, der Chauvinismus machen ihm im harten Strauß den Boden streitig, und dies nicht nur in den außerhalb der sozialistischen Bewegung liegenden Kreisen. Trotz aller Programme und Prinzipienklärungen ist das Gefühl der Internationalität noch nicht genug in Fleisch und Blut der französischen Sozialisten übergegangen, und man kann auch unter ihnen vielfach auf Keuberungen und Handlungen stoßen, welche im grellsten Widerspruche zu dem von ihnen bekannten Programme stehen. Sogar ein sozialistisches Organ wie das „Proletariat“ zieht zuweilen gegen die Deutschen los und schürt die Erbitterung gegen dieselben, von dem sozialistisch sein wollenden „Cri du Peuple“ gar nicht zu reden, der gelegentlich ganz blöde Separatist vom Stapel läßt.

Ursache davon, daß das Bewußtsein der internationalen Solidarität so langsam in die Arbeiterpresse dringt, ist außer den angeführten Eigenthümlichkeiten des Nationalcharakters und der Entwicklung in dem Umstand zu suchen, daß der französische Arbeiter sehr schlecht über das Ausland unterrichtet ist. Für ihn ist Paris Frankreich und Frankreich die Welt, von dem sozialen Leben und Ringen jenseits der Grenzpfeile hat er nur eine höchst unklare und verworrene Vorstellung. Die französische Tagespresse berichtet über die eigentlich sozialen Vorgänge des Auslandes nur dürftig und dem Interesse der Herrschenden entsprechend; dazu kommt noch, daß der französische Arbeiter außer seinem Leibblatt, meist rabibulärer Richtung, nichts liest, die sozialistische Literatur nur schwach entwickelt ist und das in dieser Beziehung Vorhandene nicht benutzt und gewürdigt wird.

Um so mehr ist allen diesen Umständen gegenüber

die Haltung anzuerkennen, welche die Kollektivistin an den Tag legen und der Eifer, mit dem sie in Wort und Schrift dasselbe zu verbreiten suchen. Das meiste thut aber auch hier die Entwicklung. Die Thatfachen des Lebens, die Fortschritte des Industrialismus, die gesteigerte Schärfe des Klassenkampfes wirken mächtig darauf hin, dem französischen Proletariat die Solidarität seiner Interessen mit denen des Proletariats aller Länder zur Erkenntnis zu bringen, es soweit zu entwickeln, daß es über die chauvinistischen Neigungen siegen wird. Der französische Unternehmer und Fabrikant fühlt sich durch patriotische Bedenken keineswegs gehindert, seine Waaren aus dem Auslande zu beziehen, ausländische Arbeiter einzustellen, bei Streiks durch Anwerbung fremder Proletarier auf seine Landsleute zu drücken u., vorausgesetzt nur, daß dies seinen Profit entsprechend vermehrt. Andererseits kommt der französische Arbeiter häufiger mit ausländischen Kameraden in Berührung, sieht, daß sie Opfer der gleichen Knechtschaft sind wie er, er hört über die gleichartigen sozialen Verhältnisse in ihrer Heimath, lernt durch tausend Thatfachen des täglichen Lebens, daß er viel mehr gemeinsame Interessen mit ihnen hat, als mit den Besitzenden seiner eigenen Nationalität, von denen ihn eine unüberbrückbare Kluft der Interessen trennt. So führt ihn das Leben nach und nach zu der Erkenntnis, welche in der sozialistischen Theorie des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität ihren Ausdruck gefunden, und die sich schon jedem beobachtenden Reisenden aufdrängt, nämlich, daß die Nationalunterschiede immer mehr verschwinden, und die Klassengegensätze immer schärfer hervortreten. In der That ist der Typus eines französischen Arbeiters von dem des deutschen oder englischen Proletariats nicht so verschieden, wie von dem Typus eines französischen Bourgeois. Und eine von klaren Männern geführte sozialistische Propaganda wird das übrige dazu beitragen, um die von den Thatfachen geschaffene Strömung in das richtige Bett zu leiten.

Die Anzeichen mehrten sich, daß das Gefühl der internationalen Zusammengehörigkeit nach Durchbruch ringt. Vorgänge, wie die Einmüthigkeit, mit welcher die französischen Proletarier beim Leidenbegangniß von Vallès für die deutschen Sozialisten eintraten, ferner die materielle, in Anbetracht der französischen Parteiverhältnisse bedeutsame Unterstützung, welche die französischen Sozialisten den deutschen Genossen anlässlich der Wahlen sendeten, das alles ist von symptomatischer Bedeutung und läßt sicher erwarten, daß der Internationalismus beim französischen Arbeiter den falschen Patriotismus verdrängen wird, daß der französische Proletarier lernen wird, seine Feinde nicht jenseits der Grenzen zu suchen.

Bemerkungen zu den Grundzügen zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

□ Es hat lange gedauert, aber es ist weder viel noch gut geworden, was den Arbeitern in diesen „Grundzügen“ versprochen wird.

Ein Versprechen ist es erst, es gleicht so etwa dem Geduldteller, den ein dienstbeflissener Kellner dem ungeduldig werdenden hungrigen Gast hinsetzt. Bis zur wirklichen Ausführung ist noch lange, lange Zeit. Erst kommt, wie man sagt, der „Volkswirtschaftsrath“, eine ziemlich unberechenbare Körperschaft, dann jedenfalls nochmals der Bundesrath, dann der Mann, der das „Gesetz“ ausarbeitet, dann wieder der Bundesrath, dann der Reichstag, dann die Kommission u. s. w., u. s. w. Da haben wir noch einige Zeit, bis der magere Sperling vom Tische in den Mund der Arbeiter fliegt. Viel verloren ist daran nicht.

Sämmtliche Kartellbrüder versichern außerdem noch, es habe gar keine Eile! Er bewahre, es handelt sich ja nicht um Korn- oder Schützölle für die Herren selbst, da hat es denn immer Zeit, viel Zeit.

Wenn man sich die „Grundzüge“ ansieht und sich

fragt, warum haben sie so lange Zeit zum Erscheinen gebraucht, so findet man, daß die Ursache weder in der Schwierigkeit der Aufgabe, noch in der Gründlichkeit ihrer Lösung gelegen haben kann. Sie stellen eine nette, glatte Arbeit dar, die über dasselbe Thema wohl ebenso gut jeder einigermaßen brauchbare Hilfsarbeiter eines Ministeriums ohne Schwierigkeit leistet.

Gegen den Versicherungszwang und gegen den Staatszuschuß haben wir grundsätzlich keine Einwendungen zu machen, ohne daß wir uns über Art und Form beider Einrichtungen durch das Vorliegende befriedigt zu erklären brauchen.

Wenig einverstanden sind wir mit der schablonenmäßigen Art, wie alle Arbeiter über einen Kamm geschoren werden, wie man den hochbezahlten Arbeiter der Großstadt in Bezug auf die Alters- und Invalidenversicherung dem Arbeiter der armen Moorkolonien gleichstellt.

Man hat sich die Sache dadurch freilich sehr erleichtert, sie aber durchaus nicht verbessert.

Der Hinweis darauf, daß sich die höher gelohnten Arbeiter ja selbständig noch bei Privatgesellschaften versichern können, ist wenig angemessen. Ein Berliner Arbeiter z. B. würde als Altersversorgung, wenn die Sache überhaupt des Aufhebens werth sein soll, vielleicht das Fünftel der in den Grundzügen vorgesehenen Rente beanspruchen müssen. Wenn er sich mit vier Fünftel an eine Privatgesellschaft wenden will, kann er es mit dem letzten Fünftel auch. Da ist ihm also durch die „Sozialreform“ herzlich wenig geholfen.

Darüber weiter zu reden, daß die in Aussicht gestellten Renten überhaupt zu niedrig sind, um für die Arbeiter irgendwie etwas Befriedigendes zu haben, halten wir für unnütz. Darüber sind im Grunde des Herzens alle Parteien einverstanden. Die kapitalistischen und reaktionären Parteien suchen diese bedauerliche Wahrheit auch weniger zu leugnen, als nach ihrer Art zu entschuldigen. Sie sind ja meistens ganz glücklich darüber, daß nicht mehr als dieses geringe Taschengeld verlangt wird, weil so dem Kapital die Rente nicht merklich gekürzt wird. Das ist die Hauptsache bei unserer „Sozialreform“.

Für die ganz ungenügende Rente erhält der Arbeiter aber

„das Arbeitsbuch!“

Da steht zwar unter 36) „Eintragungen oder Bezeichnungen, welche ein Urtheil über die Führung, die Arbeitsleistung des Inhabers oder anderer Personen enthalten, sind unstatthaft,“ es enthalten die Grundzüge aber keine Strafbestimmungen gegen Unternehmer, die doch „Bezeichnungen“ anbringen.

Wie nun, wenn Unternehmerverbände erklären: Bei 100 Mark Konventionalstrafe oder mehr darf keiner von uns einen Arbeiter anstellen, dessen Quittungsmarken verkehrt eingeklebt sind, oder dessen Quittungsmarken mit verkehrt gehaltenem Stempel entwerthet sind, oder dergleichen mehr?

Es ist durch die Fabrikinspektoren festgestellt, daß die Krankenkassenbücher zu solchen Kennzeichnungen benutzt worden und es ist von keiner Seite dagegen eingeschritten. Es ist nachgewiesen, daß Unternehmerverbände, wie z. B. Innungen, beschlossen haben, Konventionalstrafen gegen ihre Mitglieder festzusetzen, wenn dieselben so oder anders gekennzeichnete Arbeiter beschäftigen, und es ist nicht aus § 153 der Reichsgewerbeordnung gegen sie eingeschritten, obgleich dieser Paragraph mit furchtbare Härte gegen die Arbeiter angewendet wird. Es hat sich im Jahre 1885 zum Beispiel ein Bauunternehmerverein zu Berlin bilden wollen, dessen Statut solche Bedrohung enthielt, das Statut wurde deshalb nicht beanstandet. Es konnte „erörtert“ werden, obgleich es eine Aufforderung zu einer strafbaren Handlung enthielt, und die Versammlung, die es erörterte, also aufgelöst werden konnte. Das wäre wohl auch geschehen, wenn ein Fachverein solch' eine „Erörterung“ vorgenommen hätte.

Vertrauen?! Wir haben es nicht! Die Erfahrungen, die wir gemacht haben, schließen jedes Vertrauen aus.

Der böse Wille bei den Betriebsunternehmern, er ist beschneit durch diese Innungsverordnungen, durch diese Maßregelungen in den Arbeiterverbänden, durch das Wort: „Gebt uns die Arbeitsbücher, dann brauchen wir keine schwarzen Listen,“ durch diese Petitionen um weitere Polizeibebrückung der Arbeiter. Der böse Wille hat keine bestimmte und unzweideutige Abweisung bei den Behörden gefunden. Der bekannte Streikerlaß sagt, daß auch solchen Handlungen der Arbeiter, die nicht die Grenzen des Gesetzes verlassen, „thatkräftig“ entgegenzutreten ist; er hat die Unternehmer ermuthigt, weitere Bebrückungen der Arbeiter von den Behörden zu verlangen. Uns fehlt also auch da das Vertrauen. Es ist uns ausgefallen, daß noch kein einziges Vergehen der Unternehmer gegen den § 153 der Gewerbeordnung verfolgt worden ist, obgleich die Bedrohungen durch Konventionalstrafen notorisch sind. Wir haben auch da kein Vertrauen.

Wir sehen neben der winzigen Rente

„das Arbeitsbuch!“

Jetzt ist es Zeit, daß die Arbeiter sich erklären, laut und bestimmt, ob sie für die geringen Vortheile der Alters- und Invalidenversicherung

„das Arbeitsbuch“

sich wollen aufdrängen lassen.

Jetzt wirbelt das Aufgebot durch alle Bauplätze, Ziegeleien, alle Fabriken, alle Werkstätten, alle Steinbrüche, alle Bergwerke, alle Häfen, alle Höfe, alle Scheunen, durch den Wald, wo die Holzgert klingt, über den See, wo der Fischer sein Netz schleppt, durch die Torfbrüche und Heiden, überall, wo eine thätige Hand sich regt, sei

sie männlich oder weiblich, sei sie alt oder jung, sei sie von welcher religiösen oder sonstigen politischen Ansicht, an Alle, Alle erklinge das Aufgebot:

„Wir wollen keine Arbeitsbücher!“

das wirbelt unser Ruf.

Jedes Blatt nehme ihn auf, jeder Mund spreche ihn, jede Feder schreibe ihn, in jedem Vereine, in jeder Versammlung töne er wieder, in der Familie, im Gasthause, auf der Straße, im Felde erschalle es:

„Wir wollen keine Arbeitsbücher.“

Lieber, viel lieber verzichten wir auf die ganze Alters- und Invalidenversicherung.

Man bereite Eingaben an den Reichstag vor.

Man mache nicht viel Worte oder lange und zwecklose Begründungen. Es genügt die kurze und deutliche Erklärung:

„Keine Arbeitsbücher.“

Man schreibe zum Beispiel so:

„Wir unterzeichneten Arbeiter erklären, daß wir in den Quittungsbüchern, wie sie durch die „Grundzüge für die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter“ vorge schlagen sind, eine Gefahr für die verfassungsmäßig und gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter erblicken, da sie den Unternehmern es ermöglichen, die Arbeiter zu kennzeichnen, sie widergesetzlich politisch, religiös und wirtschaftlich zu beeinflussen und ihnen das Weiterkommen zu erschweren.“

Wir fordern also den hohen Reichstag auf, einen etwa ihm vorzulegenden Gesetzentwurf, falls er die Einführung der Quittungsbücher enthält, wie sie in den „Grundzügen“ vorgesehen sind, oder in ähnlicher Art, abzulehnen.

Wir verzichten lieber auf die gebotene Alters- und Invalidenversicherung, als daß wir sie um den Preis der durch die Quittungsbücher dargestellten Arbeitsbücher annehmen.“

So oder ähnlich! Es kommt auf die Worte nicht viel an.

Jeder Parteiunterschied muß hier aufhören. Auch diejenigen, welche sonst gerne zu Hause bleiben, wenn die anderen Arbeiter auch für sie im Kampfe stehen, sie müssen den Vortheil ihrer kleinen Kassen und Vereine vergessen und diesmal mit bei den anderen Arbeitern stehen, selbst wenn es einem Vereinchen das Leben kosten sollte.

Das Arbeitsbuch ist eine so drohende Gefahr, daß da alle Arbeiter zur Abwehr bereit sein müssen.

Wenn die Alters- und Invalidenversorgung in dieser Form ohne Arbeitsbuch nicht geht, oder keine ganz durchaus sichere Gewähr gegen den Mißbrauch der Quittungsbücher gegeben werden kann, was wir sehr bezweifeln, dann muß eine andere Form gefunden werden, wenn man die Versicherung für wichtig genug hält.

Es sei nebenbei bemerkt, daß die Quittungsbücher der Krankenkassen deshalb viel weniger gefährlich sind, als diese der Alters- und Invalidenversorgung es werden müssen, weil man sich dort im Nothfall ein Buch einer freien Hilfskasse besorgen kann, das der Unternehmer nicht in die Hand bekommt. Dieser Umstand begründet in der Hauptsache den Haß der Innungsmeister gegen die freien Hilfskassen und ihr Streben nach Innungskassen.

In einem folgenden Aufsatz wollen wir einmal einen Blick auf die geldwirtschaftlichen Folgen unserer so benannten „Sozialreform“ werfen und noch einiges andere beleuchten. Daß wir dabei auch auf die lächerliche Kleinlichkeit der sogenannten „Selbsthilfe“ kommen werden, ist selbstredend. Gerade die Zahlen, die schon dieser mehr als schwache Versuch einer Arbeiterversicherung aufmarschieren läßt, zeigen den Zahlenhumbung der Selbsthilfster im kläglichsten Lichte.

Sozialpolitische Streifzüge.

I.

r. Es sind bis heute einzig zwei Staaten, in denen Kinder erst vom 14. Lebensjahre an in Gewerben und Fabriken beschäftigt werden dürfen, und diese sind die kleine demokratische Schweiz und das alte Osterreich. In allen anderen Staaten steht das Minimalalter, wie wir sehen werden, zum Theil viel tiefer, zum Theil ist überhaupt noch gar nichts geschehen, weder zum Schutze der Kinder noch der Arbeit überhaupt. Es ist geradezu unverständlich, wenn man einmal von der Erkenntniß der Nothwendigkeit und Möglichkeit solcher Schutzbestimmungen durchdrungen ist, wie andere Staaten in einer Sache zurückbleiben können, die so äußerst einfach erscheint und in der Mediziner und Pädagogen, sowie klare Nationalökonomien einig sind darüber, daß die Heranziehung eines Kindes zur industriellen Arbeit nur dann als gefahrlos erachtet werden kann, wenn dasselbe ein kräftiges, widerstandsfähiges Alter erreicht hat.

Aber es geht den Völkern, wie den Menschen; sie müssen erst durch Schaden klug werden. Das hat sich in Belgien gezeigt, wo man zum Schutze der Arbeiter absolut nichts that und sich erst zur Inangriffnahme sozialer Reformen bequeme, als das Land der Schauplatz heftiger Stürme geworden. Aber es scheint, als ob die so eindringliche Lehre noch nicht genügend sei; mehr zum Scheine, als um wirklich etwas Positives zu leisten, ging man an's Werk, und darum haben die Arbeiter nur Achselzucken für solche Wohlthaten! Unzweifelhaft muß die belgische Regierung sammt ihrer Heerfolge weiter geschoben und gestoßen werden, und weitere revolutionäre Kundgebungen werden nicht ausbleiben.

In ganz gleicher Lage wie Belgien befindet sich Holland, das zwar das Minimalalter für Kinder auf 12 Jahre festsetzt, im Uebrigen aber zum Schutze der Arbeit nicht die geringste Schranke gezogen hat. Zweifellos wird auch hier die in rascher Entwicklung fortschreitende Arbeiterbewegung die Regierung nolens volens vorwärts treiben.

Die Motive, welche, abgesehen von allgemeiner Sozialpolitik, beim gesetzlichen Schutze der Kinderarbeit maßgebend erscheinen, sind die Rücksicht auf die geistige Bildung und diejenige auf die Erhaltung der physischen Kraft des Volkes. Diese Rücksichten waren es jedenfalls auch, die Ungarn veranlaßten, so etwas wie Kinderschutz einzuführen. Ungarn will ja so gerne als vorgeschrittener Staat gelten und darum muß es auch in „Sozialreform“ machen. Es verhält sich aber damit, wie im vorigen Jahrhundert mit der Aufklärung der Despoten: sie war Modesache geworden, und darum blieb selbst die Kaiserin Katharina II. nicht zurück und mischte sich ebenfalls zu den geistreichen, aufgeklärten Alleinherrschern. Wie da, so guckt auch aus allen Fugen der Sozialreform, um mit Sokrates zu reden, die Eitelkeit hervor.

Wie gesagt, ist also in Ungarn die Sozialreform schon bis zu einem Minimalalter von 10 Jahren vorgeschritten. Kinder von 10—12 Jahren dürfen nur mit Genehmigung der Gewerbebehörden in Fabriken beschäftigt werden. Die Genehmigung ist nur dann zu erteilen, wenn der ordentliche Schulbesuch sich mit der Beschäftigung vereinbar erweist oder wenn die Fabriken für den Unterricht der Kinder durch Errichtung besonderer Schulen gehörig sorgen. Die Maximalarbeitszeit für Kinder beträgt 8 Stunden. Sonntags- und Nachtarbeit sind ausgeschlossen.

Schulbesuch in Verbindung mit 8 stündiger Arbeitszeit bei einem 10—12jährigen Kinde, und das nennt man in Ungarn Schutz der Kinderarbeit! Eine größere Heuchelei ist doch wohl kaum denkbar. Aber noch unter der ungarischen „Sozialreform“ steht die italienische. In Italien wird die Ausbeutung der Kinderarbeit geradezu schamhaft betrieben und man hat damit wirklich traurige Erfahrungen gemacht; aber die Italiener haben in Aethiopien mehr zu thun, als in ihrem eigenen Lande, und darum weder Zeit noch den Willen, der moralischen und physischen Verkommenheit der Nation Einhalt zu thun, und darum wird lustig weiter ausgebeutet. Denn das kann man wohl doch kaum als eine Schranke der Ausbeutung betrachten, wenn man in einem Gesetze das Minimalalter der Kinder für die Fabriken auf 9 und für die Minen auf 10 Jahre festsetzt. Zum Schutze der Kinder glaubte der italienische Staat genug gethan zu haben, wenn er bestimmte, daß Kinder von 9—15 Jahren nur dann industriell beschäftigt werden dürfen, wenn durch ein ärztliches Zeugniß nachgewiesen ist, daß sie gesund und für den betreffenden Beruf stark genug seien. Dies ist jedenfalls eine im eigenen Interesse des Staates liegende Bestimmung, die dem dänischen Rechte entnommen ist, das ebenfalls die Kinderarbeit in den Fabriken von der Zustimmung des Arztes abhängig macht. Der Staat meinte durch diese Bestimmung die Frage des Kinderschutzes am radikalsten gelöst zu haben, denn wenn der Arzt die Kraft und Gesundheit eines Kindes, die Befähigung desselben zu einem bestimmten Beruf besaht, dann mußte eigentlich jeder den ausreichenden Kinderschutz in Zweifel ziehende Einwand verstummen. Der Zweifel ist aber doch berechtigt, denn der Arzt urtheilt ja nur nach dem augenblicklichen Befunde. Höchst selten, wenn überhaupt, wird er in der Lage sein, die Einwirkung einer mehrjährigen Berufsarbeit, die meistens nicht der kindlichen Kraft angepaßt wird, auf die Entwicklung des Kindes beurtheilen zu können. — Als Fabrik wird in Italien jedes gewerbliche Etablissement betrachtet, in welchem ein Motor wirkt oder wenigstens 10 Arbeiter beschäftigt sind.

In Dänemark ist der Schulbesuch für Kinder, die in Fabriken beschäftigt sind, gleich wie für die anderen, nicht erwerbenden Kinder, obligatorisch. Die Arbeitszeit dieser schulpflichtigen Kinder beträgt im Maximum 6 1/2 Stunden einschließlich einer halbstündigen Pause pro Tag. Schweden hat ebenfalls für Kinder eine tägliche Maximalarbeitszeit von 6 Stunden mit Ruhepause gesetzlich fixirt. Nachtarbeit für Kinder ist verboten.

Spanien hat auch einige Schutzbestimmungen für die Kinderarbeit aufzuweisen. Das Minimalalter beträgt 10 Jahre. Die Arbeitszeit beträgt für Knaben von 10 bis 13 Jahren und für Mädchen von 10 bis 14 Jahren nur 5 Stunden täglich, und für Knaben vom 13. Lebensjahre an 8 Stunden pro Tag. Ausland hat ein Minimalalter für Kinder von 12 Jahren festgesetzt und eine Maximalarbeitszeit von 8 Stunden normirt.

Frankreich reißt sich würdig im Kinderschutz den angeführten alten monarchischen Staaten an. Es hat zwar ein Minimalalter von 12 Jahren festgesetzt, diese Bestimmung aber mit so vielen Klauseln umgeben, daß 12 Jahre als Altersgrenze nur die Ausnahme und 10 Jahre, wie in Italien und Dänemark, die Regel bilden. So dürfen von Gesetzeswegen zehnjährige Kinder in der gesamten Textilindustrie, in der Papier- und Glasindustrie beschäftigt werden. Auch ist für 12jährige Kinder die Nachtarbeit gestattet in der Papier-, Zucker- und Glasindustrie. Im Uebrigen ist die Nachtarbeit, sowie die Sonntagsarbeit und die Arbeit an anerkannten Festtagen verboten. Die Maximalarbeitszeit für Kinder unter 12 Jahren beträgt 6 Stunden. Darüber hinaus wird 12 Stunden mit üblichen Ruhepausen gearbeitet.

England hat ein Minimalalter von 10 Jahren. Sonntags- und Nachtarbeit für Kinder ist verboten, ebenso die Arbeit an hohen Festtagen. Außerdem sind den Kindern jährlich 8 halbe Freitage zu gewähren. In England er-

streckt sich der Schutz der kindlichen Arbeit auch auf die Werkstätten und die Hausindustrie.

Zum Schlusse sehen wir uns in Deutschland die bezüglichen Bestimmungen an. Im Gewerbegeetze ist das Minimalalter für Beschäftigung in Fabriken, Werkstätten mit regelmässiger Benutzung von Dampfkraft, Hüttenwerken, Bauhöfen, Werften, Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuen und Gruben auf 12 Jahre festgesetzt. Bei Kindern ist das Verbot der Sonntags- und Festtagsarbeit ausgesprochen, desgleichen das Verbot der Nachtarbeit (8 1/2 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens). Die Maximalarbeitszeit für Kinder beträgt 6 Stunden, mit einhalbstündiger Ruhepause und 3 Stunden Unterricht. Ein ausgedehnterer Schutz der Kinderarbeit thäte im deutschen Reiche so sehr noth, wie in allen übrigen Industriestaaten, aber bekanntlich hat der Bundesrath darüber eine andere Meinung, die ihn zur Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse führte.

Bestimmen wir zum Schlusse, so finden wir gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Kinderarbeit in 14 Staaten; ein Minimalalter von 10—13 Jahren in 7 Staaten und ein solches von 14 Jahren nur in zwei Staaten. Die Maximalarbeitszeit ist in allen mit 8 bis 11 Stunden regulirt. Obligatorischer Unterricht ist nur in 9 Staaten vorgeschrieben. Mit dem Schutze der kindlichen Arbeitskraft, der Quelle der Zukunft der Völker und Staaten, ist es erbärmlich bestellt — diese Ueberzeugung drängt sich Jedem bei vorstehenden Betrachtungen auf!

Unternehmergeändnisse.

J. S. Moore, ein fanatischer amerikanischer Freihändler, plaidirt in der New-Yorker „Times“ für die Abschaffung der Zölle auf Wolle und Wollstoffe und begründet seine Forderung haarscharf mit dem Nachweis, daß der Vortheil des Zolles sehr ungleich zwischen Kapitalist und Arbeiter getheilt wird, oder vielmehr: damit, daß der Arbeiter den leeren Knochen, der Kapitalist das Fleisch erhält.

Die Rechnung ist sehr einfach. Der Zoll auf Wollenwaaren beträgt in den Vereinigten Staaten 67,29 pCt. Nach dem letzten Zensus, zu welcher Zeit, wie Moore sagt, der Arbeiter besser bezahlt war, als jetzt, betrug der Werth der im Jahre 1880 produzierten Wollenwaaren 160 606 721 Dollars. Das Rohmaterial kostete 100 845 611 Dollars. Es blieb ein Ueberschuß von 59 761 110 Dollars. Dieser wurde wie folgt „getheilt“:

Die Arbeiter erhielten 25 836 292 Dollars.
Die Kapitalisten „ 33 924 818 „

Zusammen 59 761 110 Dollars.

Beschäftigt waren im Jahre 1880 in den Wollfabriken:

Männer über 16 Jahre alt 46 978
Frauen „ 16 „ 29 372
Kinder 10 154

Zusammen 86 504

Es trifft also auf den Kopf etwas weniger als 300 Dollars Lohn per Jahr. So viel für die Arbeiter.

Die Fabrikanten hatten, nach eigener, wie Moore sagt, gewiß nicht zu niedriger Angabe, in ihren Fabriken ein Kapital von 96 095 564 Dollars angelegt. Sie erhielten für je 1000 Dollars Anlage 350 Dollars Profit.

Es handelt sich jetzt noch um den Prozentsatz, der den Arbeitern vom Werth des Productes zukommt. Der in den „Wollen-Mills“ zusätzlich geschaffene Werth betrug — wenn wir die Abnutzung der Maschinen u. s. f. mit 9 Millionen berechnen — über 50 Millionen Dollars, davon erhielten die 86 000 Arbeiter die Hälfte, die paar unthätigen Kapitalisten den gleichen Antheil! Würden die Arbeiter selber die Produktionsmittel besitzen, so würde ihr Einkommen — bei allen Abzügen für Instandhaltung der Maschinen und Werkzeuge — das Doppelte des heutigen Einkommens erreichen.

Ein gleichfalls recht charakteristisches Eingeständniß finden wir zu derselben Zeit in der Philadelphia „Press“.

Der „Press“ zufolge sind seit 1880 in den Vereinigten Staaten 4 700 000 000 Dollars in Gebäuden und Eisenbahnen angelegt worden. Der Werth derselben im genannten Jahre war im Zensus auf 15 381 000 000 Dollars angegeben worden. Sonach wäre in sieben Jahren bloß auf diesem Gebiet ein Werthzuwachs von fast einem Drittel geschaffen. Das ist phänomenal! In derselben Zeit ist die Kohlenförderung von 70 auf 106 Millionen Tonnen gestiegen; die Produktion von Kupfer von 27 auf 70 Millionen und so durchgängig in der ganzen Industrie.

Aber was haben die Massen davon, die dies alles erarbeitet haben. Gehören ihnen die Häuser und Eisenbahnen, ist ihr Konsum entsprechend gestiegen?

Sag', o Mensch, was Du gewinnst!

Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Sachsen

haben ein Zirkular verfaßt, dessen Inhalt von allgemeinem Interesse ist. Eines Kommentars bedarf es nicht. Es lautet:

„Wie Ihnen nicht unbekannt sein wird, beschloß vor 2 Jahren der Landtag auf Vorschlag der Regierung, die Hälfte des Grundsteuerertrages den Schulverbänden zu überweisen und liegt auch dem gegenwärtigen Landtag ein gleicher Antrag für die Jahre 1888 und 1889 vor.

Uns liegt nun sehr viel daran zu wissen, wie in den einzelnen Gemeinden diese Zuweisung der halben Grundsteuer verwendet worden ist:

- a) ob man das Schulgeld verringerte? oder
- b) die Schulanlagen ermäßigte oder
- c) wie sonst die Verwendung stattfand.

Wir ersuchen Sie, uns möglichst bald gewissenhaft Auskunft zu geben. Namentlich liegt uns auch daran, Auskunft zu erhalten, wie es in den Dörfern mit der Angelegenheit gehalten wurde.

Ferner fragen wir an: ob in Ihrer oder in Ihnen bekannten Gemeinden es üblich ist, daß die Liste der sogenannten böswilligen Steuerrestanten auf Anordnung der Gemeindebehörde auch in den Restaurationen und Vergnügungsorten öffentlich aushängt?

Bejahenden Falles bitten wir, uns den Namen der Gemeinde und der unterzeichneten Behörde, ferner die Zahl der Restanten, deren Namen anzugeben sind, mitzutheilen. Kann uns eine Originalliste übersandt werden, so ist uns dies sehr angenehm.

Ein drittes Anliegen betrifft die Beteiligung von Vereinen und Verbindungen, welche als nicht politische Vereine gelten, bei der Agitation zu den Reichs- und Landtagswahlen.

Haben z. B. Militär- resp. Kriegervereine oder Turnvereine, Feuerwehrgesellschaften, Innungen u. s. d. offiziell bei der Wahlagitation in Ihrem Wahlkreis theilgenommen?

Im bejahenden Falle: wie heißen diese Vereine und sind Ihnen Aufrufe oder Beschlüsse dieser Vereine bekannt?

Können Sie uns Aufrufe oder dergleichen im Original einsenden, so bitten wir darum.

Wir ersuchen Sie, die Beantwortung dieser Fragen an einen der Unterzeichneten einzusenden. Wir rechnen auf streng sachliche und wahrheitsgetreue Berichterstattung.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Dresden, im November 1887.

A. Bebel. Fr. Seyer. A. Kaden.

B. Stolle. G. v. Vollmar.

Aus dem Reichstage.

Donnerstag, den 24. November. Eröffnung des Reichstages. Die Thronrede betont den friedlichen Charakter der europäischen Gesamtlage, zugleich aber nimmt sie eine „wesentliche Erhöhung der Wehrkraft“ durch einen Gesetzentwurf, welcher die Landwehr und den Landsturm betrifft, in Aussicht. Der durch die neue Branntwein- und Zuckerversteuerung erzielte, den ärmeren Klassen abgerogene Ueberschuß aus dem Reichshaushalte, soll — von den militärischen Ausgaben abgesehen — zur Aufhebung der Wittwen- und Waisengeldbeiträge der Offiziere und Beamten verwendet werden. Auch den Agrariern, den „nothleidenden“ Rittergutsbesitzern, wird natürlich, wie in jeder Session, wieder ein Geschenk aus den Taschen der „wohlstehenden“ steuerzahlenden Massen versprochen; die bestehenden Getreidezölle haben sich — trotz der Verschärfung des ursprünglichen Zolles — als nicht ausreichend erwiesen, die weitere Erhöhung wird also als eine der ersten Aufgaben der reaktionären Mehrheit bezeichnet. Bezüglich der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter wird vorläufig nur die „Sonnung“ ausgesprochen, daß ein Entwurf noch in dieser Session zur Vorlage werde kommen können. Im Uebrigen werde sich der Reichstag mit weniger bedeutsamen Gegenständen zu beschäftigen haben — so mit einer Verbesserung des Nahrungsmittelgesetzes, einer Verlängerung des Handelsvertrages mit Desterreich und einer Änderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, um die beschränkte Haftpflicht der Mitglieder zu ermöglichen.

Es ist allgemein aufgefallen, daß die Thronrede die Verlängerung des Sozialistengesetzes, welches im nächsten Jahre abläuft, nicht erwähnt. Daß dieser Verlängerung, welche über die politische und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und damit über das ganze politische und wirtschaftliche Wohlergehen des deutschen Arbeiterstandes entscheidet, auch nur ein Mitglied der Regierung eine geringere Bedeutung beimessen könnte, wie etwa der Verlängerung des österreichischen Handelsvertrages, der nur die Rechte von ein paar Besitzenden berührt — das wird gewiß Niemand annehmen wollen. Das Stöcker'sche „Deutsche Volksblatt“, das durch seinen Herrn und Meister mandelkei aus den Kreisen des Herrn v. Puttkamer erfährt, dürfte somit Recht haben, wenn es das eigenthümliche Stillschweigen darauf zurücksührt, daß Erweiterungen des Sozialistengesetzes in Aussicht genommen sind, über welche sich die verbündeten Regierungen indeß noch nicht schlüssig werden konnten.

Oder hielt man es nur für gut, neben dem Zuckerbrot der Alters- und Invalidenversicherung nicht zu gleicher Zeit die Peitsche des Ausnahme- und Belagerungszustandes zu zeigen?

Freitag, den 25. November. Man kommt um die Erwähnung des Sozialistengesetzes nicht herum. Dem Reichstage ist soeben der Rechenschaftsbericht der Behörden zugegangen, die nur mit dem Belagerungszustand regieren können.

An der sozialdemokratischen Bewegung in Berlin wird gerügt, daß sie immer radikaler geworden sei. Es heißt dann wörtlich weiter:

In der Öffentlichkeit ist die Agitation erheblich beschränkt, seitdem die beinahe ausschließlich aus sozialdemokratischen Elementen bestehenden und ebenföhligen Impulsen folgenden Arbeiterbezirksvereine theils zwangsweise, theils freiwillig aufgelöst, sowie strengere Maßnahmen gegen die Fachvereine getroffen sind und die Abhaltung von Versammlungen von der polizeilichen Genehmigung

abhängig gemacht ist. Die letztegedachte Maßregel hat sich bewährt (1), wie daraus hervorgeht, daß in dem Jahre vom 1. Juli 1886 bis zum 30. Juni 1887 in Berlin von 6265 genehmigten Versammlungen nur 26 auf Grund des § 9 a. a. O. haben aufgelöst werden müssen, während bei 145 die Genehmigung verweigert worden ist.

Im Geheimen wurde aber die Agitation in zahlreichen kleinen Vereinen, welche sich sowohl in Berlin, als in der Nachbarschaft zum Erlaß für die Bezirksvereine unter dem Namen von Rauch- und Spielclubs, Gesangs- und Vergnügungsvereinen gebildet hatten, ferner in Werkstätten, auf geheimen Versammlungen und gemeinsamen Ausflügen noch immer eifrig betrieben. Hier wurden die verbotenen Zeitungen ausgeheilt, Gelder gesammelt, Beratungen über Partei-Angelegenheiten gepflogen und die Verbindungen mit der geheimen Parteileitung (Was ist das für eine geheime Parteileitung? Etwa außerhalb Berlins? D. R.) aufrecht erhalten.

Von Zeitungen sozialrevolutionärer Tendenz hat, wie bisher, der Jülicher „Sozialdemokrat“ in Berlin einen großen Leserkreis. Eine beträchtliche Anzahl der Parteigenossen hat sich aber in neuester Zeit von diesem Blatte losgesagt und hält an Stelle dessen die anarchischen Zeitungen „Freiheit“ und „Autonomie“.

Die Zahl der in Berlin lebenden Anarchisten hat sich zwar gegen früher etwas vermindert, die noch vorhandenen unterhalten aber lebhaft persönliche und briefliche Verbindungen mit ihren im Auslande lebenden Gesinnungsgenossen, vermitteln den Bezug der „Freiheit“ und anderer anarchischer Schriften und agitiren auch sonst, soweit ihnen dies bei der ihnen von den Behörden gewidmeten Aufmerksamkeit möglich ist. Die Beförderung vor neuen verbrecherischen Unternehmungen seitens der Anarchisten ist immer noch gerechtfertigt.

Die letztere Behauptung bedarf für unsere biederen Kartellbrüder natürlich gar keines Beweises und so werden sie der Regierung zweifellos ohne weitere Bedenken ihre allerunterthänigste Zustimmung zu allen Berliner Ausnahmemaßregeln ausdrücken, bis hinab zu dem Ukas, die „Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Orten betreffend.“ Höchstens einige Extrablattspekulanten werden gehoramsam, im Interesse des Volkes, das sie vertreten, um die Zuficherung bitten, daß nur sozialdemokratische Druckschriften in Zukunft mit der „Verfassung der Genehmigung“ behelligt werden sollen; mehr wird man nicht verlangen, und die Regierung wird ihre loyale Gesinnung in glänzendster Beleuchtung erscheinen lassen, indem sie sich zu dieser Zuficherung ausdrücklich versteht.

Bezüglich Hamburgs wird die Nothwendigkeit der Verlängerung begründet, indem auf die durchgeführte „Parteiorganisation“ hingewiesen wird, welche die sozialdemokratische Bewegung in Hamburg, Altona und Harburg im Gange erhalten habe und welche durch den aufgefundenen Organisationsplan klargestellt worden sei. Weiter werden die verschiedenen Verurtheilungen erwähnt, „welche erfolgt, als in einer Wirthschaft zu St. Pauli im August v. J. 8 Agitatoren ergriffen wurden, die unter dem Vorgeben, über Angelegenheiten der Altonaer Krankenkasse verhandeln zu wollen, alle 14 Tage geheime Zusammenkünfte zu sozialdemokratischen Zwecken“ abgehalten hätten. „Weitere 5 Agitatoren wurden gerichtlich verurtheilt, nachdem bei einer im März in Hamburg vorgenommenen Hausdurchsuchung ein großes Lager verbotener sozialdemokratischer Druckschriften u. dergleichen entdeckt worden. Auch zahlreiche Fachvereine dienten nach wie vor der sozialdemokratischen Agitation in Hamburg und Umgebung.“

Auch die sächsische Regierung berichtet über Vorkommnisse, „welche erkennen lassen, daß innerhalb der sozialdemokratischen Partei Leipzigs und seiner Umgegend die Vertreter der extremen, der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung feindlichen Richtung die Oberhand behaupten und eine ebenso umfassende, wie erfolgreiche Thätigkeit entwickeln.“

Die vorgebrachten Thatsachen, wie die Logik dieser „Begründungen“ können gleich wenig Anspruch auf Neuheit machen. Legen wir das Altenstück also einstweilen zu dem Uebrigen, bis sich der Reichstag selber damit befaßt.

Der erste Antrag, welcher den Reichstag in öffentlicher Sitzung beschäftigte, war übrigens ebenfalls — ein sozialistischer. Der Abg. Singer wies auf das gegen Grillenbergers schwebende Verfahren wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz hin, sowie auf die schmählische Behandlung Kräders, der am Schlusse der vorigen Session beim Verlassen des Reichstagsgebäudes auf offener Straße verhaftet wurde, 5 Monate zu Breslau in Untersuchung saß und dann, ohne Anrechnung der Untersuchungshaft, zu 7 Monaten Gefängniß wegen „Geheimhändelei“ verurtheilt wurde. Gegen diese Verurtheilung hat Kräder beim Reichsgericht Revision eingelegt, und der Reichstag beschließt nunmehr auf Antrag Singer ohne Debatte, daß für die Dauer der gegenwärtigen Session das Verfahren gegen Grillenbergers und Kräder eingestellt werde.

Sonst wurde die heutige Sitzung mit Präsidenten- und Bureauwahlen ausgefüllt. Wie im März d. J. haben auch jetzt die Kartellparteien das ganze Präsidium des Reichstags für sich in Anspruch genommen. Was man kann, muß man auch wollen; ihre Mittel erlauben ihnen das. Das Centrum erneuerte seinen Anspruch an die zweite Stelle im Präsidium, worin es von den Freisinnigen und Sozialdemokraten unterstützt wurde, aber es fand auf der Rechten gar keine Gegenliebe. Es muß dessen von vornherein gewiß gewesen sein, denn sonst würde es gewiß nicht gegen die Wahl des Herrn von Wedell-Biesdorf zum ersten Präsidenten durch weiße Zettel demonstriert haben. Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten stimmten Centrum und Linke für Herrn von Brandenstein, bei der dritten Wahl befanden abermals weiße Zettel das Vorhandensein einer Opposition gegen die ausschließliche Leitung des Hauses durch die Kartellparteien. Die gewählten Herren — Herr v. Wedell-Biesdorf (kons.) als Präsident, Herr Bühl (nat.-lib.) als erster, Herr v. Unruhe-Domst (kons.) als zweiter Vicepräsident — beschränkten sich bei der Erklärung über die Annahme der Würde auf die üblichen Worte des

Dankes und der Bitte um Nachsicht. Wir wollen wünschen, bemerkt die „Frankf. Ztg.“ dazu, daß Herrn Buhl so selten als möglich die Gelegenheit geboten werden möge, die gütige Nachsicht des Hauses in Anspruch zu nehmen oder, was bei ihm dasselbe ist, die Verhandlungen des Reichstags zu leiten.

Die Stärke der einzelnen Parteien in unserem Reichsparlament ist gegenwärtig die folgende:

Die Fraktion der Deutsch-Konservativen zählt 76 Mitglieder und 2 Hospitanten;
die Reichspartei zählt 39 Mitglieder;
die Centrumsfraktion 98 Mitglieder und 3 Hospitanten;
zur Fraktion der Polen gehören 13 Mitglieder;
die nationalliberale Fraktion hat 95 Mitglieder und 3 Hospitanten;
die deutschfreisinnige Partei 34 Mitglieder;
die **Sozialdemokraten** zählen gegenwärtig 11 Mitglieder.

Bei keiner Fraktion sind die 14 elsass-lothringischen Abgeordneten, der 15. (Dr. Petri) ist Hospitant der nationalliberalen Fraktion.

Sonnabend, den 26. November. Die Reichsboten feiern heute und auch noch den Montag, dafür ist ihnen aber die Getreidezollvorlage zugegangen, welche selbst den bewilligungseifrigsten Nationalliberalen einige Kopfschmerzen bereiten dürfte — natürlich nur vorübergehend, denn die Kraft des „nationalen Gedankens“ wird schließlich alles Widerstreben gegen weitere Brodvertheuerung überwinden.

Wir wollen den nationalen Gedanken hier nicht in Verzug bringen, aber es ist jedenfalls ein rührendes Spiel des Zufalls, daß er sich seit zehn Jahren stets mit den Geldbeutelerwartungen einer kleinen Grundbesitzer-Gesellschaft im schönsten Einklang befand. Selbstverständlich thut es der Hohheit dieses Gedankens ferner auch nicht den geringsten Abbruch, daß die Mehrheit der Nation sich immer stärker gegen seine täglich scharfer zu Tage tretenden Wirkungen auflehnt — das ist nur kompromittierend für das verständnislose Volk, aber nicht für unsere nationale Wirtschaftspolitik. Immerhin möchten wir aber für die Zukunft dem nationalen Gedanken wünschen, daß er seinen klingenden Segen etwas gleichmäßiger über Arme und Reiche ausschütet.

Wer hat denn Vortheil von einer weiteren Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel des Volkes? Freisinnige Blätter stellen zur Entscheidung dieser Frage ganz richtig folgende Berechnung auf: Nach statistischen Ermittlungen zählt eine Familie in Deutschland durchschnittlich fünf Köpfe. Ebenso ist ermittelt, daß auf jede Familie durchschnittlich ein Jahresverbrauch von mindestens zwanzig Zentnern Getreide kommt. Zur Gewinnung dieser Masse Getreides einschließlich der erforderlichen Aussaat gehört wiederum nach statistischen Ermittlungen durchschnittlich eine Fläche von 1,12 Hektaren. Da nun aber ein landwirtschaftlicher Betrieb sich nicht auf Getreidebau beschränkt, sondern auch allerlei andere Erzeugnisse, wie Gemüse, Rüben, Hülsenfrüchte, Kartoffeln umfaßt, ferner Wiese und Brachland beansprucht, endlich Kornfutter für das Gespann und überdies Nahrungsmittel für ständige oder zeitweise Hilfsleute erfordert, so wird durchschnittlich in der deutschen Landwirtschaft angenommen, daß ein Besitz von über fünf Hektaren nothwendig sei, um mehr Getreide zu bauen, als in der eigenen Wirtschaft in irgendwelcher Form verzehrt wird. Vorzügliche Sachkenner sprechen sogar von 7 1/2 Hektaren! Nun giebt es in Preußen nach der Zählung vom 5. Juni 1882: 3 040 106 landwirtschaftliche Betriebe, unter denen nur 681 784 Besitzungen über 5 Hektar, mit anderen Worten: mindestens 2 354 412 Landwirtschaftsbetriebe haben von der Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle entweder keinen Nutzen oder aber Schaden. Beispielsweise in der Provinz Sachsen sind nicht weniger als 79 pCt. aller Landwirthe im Besitze von je 5 Hektaren oder darunter. Ähnlich liegen die Verhältnisse in allen Einzelstaaten des

deutschen Reiches. In Bayern sind nach der letzten Zählung unter 681 521 landwirtschaftlichen Betrieben 427 772 unter 5 Hektaren. In Württemberg, wo eine andere Zählung vorliegt, betragen die Ziffern der Betriebe mit einem Areal von 10 Hektaren oder darüber 25 620, die Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe aber 300 818 und diejenige der Betriebe unter 2 Hektar 165 135. In Baden sind unter 220 746 landwirtschaftlichen Haushaltungen nur 7300 ermittelt worden, welche von einer Erhöhung der Getreidezölle Vortheil zu erwarten hätten. Im Königreich Sachsen sind unter den 192 921 landwirtschaftlichen Betrieben 146 128 kleiner als 5 Hektar und 60 pCt. aller Betriebe sogar kleiner als 2 Hektar. Angesichts dieser Ziffern ist die Behauptung, daß von einer Erhöhung der Getreidezölle nur eine Minderheit von Landwirthen Vortheil, die überwältigende Mehrheit aber Nachtheil zu erwarten habe, unbestreitbar. Und wenn man schon das Recht zu haben glaubt, die Konsumenten zu Gunsten der Unternehmer gewisser Berufsweige zu belasten, bedürfen denn gerade die Leute mit Rittergütern von fünf-tausend Morgen und darüber „nationalen Schutz“ und nicht die kleinen Leute, welche genöthigt sind, von der Hand in der Mund zu leben?

Die Agrarier mögen sich, um eine schlechte Sache in möglichst günstigem Licht erscheinen zu lassen, drehen und wenden wie sie wollen: die Erhöhung der Getreidezölle bedeutet weiter nichts als eine Verkümmern und Erschwerung der Ernährung des Volkes zum Vortheil einer bereits in jeder Weise bevorrechteten und staatlich subventionirten Klasse von Großunternehmern!

Montag, den 28. November. Die Agrarier fühlen sich offenbar als Beherrscher der parlamentarischen Situation. „Entweder — oder“ ruft die „Kreuzzeitung“, das Organ des preussischen Junkerthums, ganz unverblümt den Nationalliberalen zu: entweder Zustimmung zur Verdoppelung der Getreidezölle oder Ausschluß aus dem Kartell. Der freikonservative Abgeordnete Lohren hatte in einem Artikel der „Post“ sich die bescheidene Anfrage erlaubt, ob sich die konservativen Rittergutsbesitzer denn nicht mit einer 50-prozentigen Erhöhung der Zölle begnügen könnten. Diese unerhörte Zumuthung versetzt die Kreuzzeitung ebenfalls in Wuth; sie rath, lieber gegen jede Erhöhung zu stimmen, als für die halbe Maßregel Lohren's.

Auf den artigen politischen Cierdanz, den Zentrum und Nationalliberale aufführen werden, um, scheinbar widerstrebend, der Regierungsvorlage doch die Annahme zu sichern, darf man mit Recht gespannt sein. Im Jahre 1885 stimmte das Zentrum in seiner überwiegenden Mehrheit für die Zollerhöhung. Die Gründe, welche seine damalige Haltung bestimmten, sind für die Partei auch heute noch maßgebend. Reichensperger stand schon damals wie heute außerhalb der Mehrheit mit seiner Meinung über die „Gemeinschaftlichkeit“ der Getreidezölle, und um die Thatsache, daß es sich diesmal um eine Verdoppelung der Zollsätze handelt, hat sich das Zentralorgan der Ultramontanen, die „Germania“, mit der bekannten „Objektivität“ herumgedrückt. Die Nationalliberalen sind seit 1885 weit zahlreicher, aber auch gefügiger und machtloser geworden. Damals spalteten sie sich fast genau in zwei Hälften für und wider die Getreidezölle. Jetzt wird ihre Abstimmung zweifellos dem zweifachen „Fort Schritte“ entsprechen, welchen sie inzwischen machten. Sie werden in größerer Zahl direkt für die Zollnovelle stimmen, in genügender Menge aus Patriotismus fehlen und zu einem kleinen Bruchtheil vielleicht sogar Nein! sagen. Herr Miquel wird wahrscheinlich Nein! sagen und mit Ja! stimmen und seine Fraktion wird ihm dafür ihre besondere Anerkennung und Bewunderung aussprechen.

Dienstag, den 29. November. Die Etatsberathung hat begonnen und bisher ganz den gewöhnlichen Verlauf genommen. Eine trodene Ueberficht über den Stand der Finanzen seitens des Staatssekretärs Jakob, eine mehrfach treffende, aber in keinem Punkt

neue Kritik der kaiserlichen „Steuerreform“ und Zollpolitik seitens des freisinnigen Abg. Rickert, die gewöhnliche konservative Rede des Freih. v. Malbahn-Gültz und eine höchst unbedeutende Darlegung des Standpunktes der Nationalliberalen seitens Bennigsen's — darin erschöpfte sich die heutige Debatte.

Erwähnenswerth scheint nur, daß Bennigsen sich als Gegner der Getreidezölle vorstellte und daß sämtliche Redner die Undurchsichtigkeit und die ganz unübersichtliche Aufstellung des Etats beklagten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Methode der Zusammenstellung und Bearbeitung als Theil eines ganzen, wohlberechneten Systems auffaßt. Weßhalb sollte eine Regierung, die stets bestrebt ist, das Mitbestimmungsrecht des Reichstages auf dem Gebiete der Reichsfinanzen so viel wie möglich zu schmälern, der Volksvertretung die Einsicht in den Etat besonders erleichtern?

Mittwoch, den 30. November. Die heutige Fortsetzung der Etatsdebatte bot, nach einigen vollständig bedeutungslosen Ausführungen des reichsparteilichen Grafen Behr, dem Abg. Bebel Gelegenheit, eine wahrhaft vernichtende Kritik an dem ganzen heute herrschenden politischen und wirtschaftlichen System zu üben. Wir bringen diese Rede, soweit es der Platz erlaubt, in der Beilage. Hier heben wir nur Folgendes hervor. Bebel wies zunächst darauf hin, wie unwesentlich die Kritik der bürgerlichen Opposition sei und sein müsse, weil keine bürgerliche Partei die Grundzüge des heutigen Systems bekämpfen könne, aus diesen Grundzügen aber die ganze furchtbare Last von Guts- und Blutsteuern mit Nothwendigkeit hervorgehe. Steigende Militärausgaben, wachsende Verschuldung, fortwährende und sich stetig steigende Kriegsgefahr — diesen Fluch hätte der Militarismus nicht nur auf Deutschland, sondern auf ganz Europa herabbeschworen; und je furchtbarer die Rüstungen der Staaten würden, desto drohender erhebe sich die Gefahr blutiger Kriege, wie sie die Welt bisher noch nie gesehen habe. Alle Lasten wälze man auf die armen Leute ab, welche schon von der Blutsteuer so schwer getroffen würden; die direkten Steuern ließe man in Preußen ruhig verfallen, während indirekte Steuern und Lebensmittelzölle dem armen Mann noch jeden lärglichen Bissen Brod vertheuern. Ueber die zielbewußten Arbeiter seien auch noch die Qualen des Sozialistengesetzes verhängt — und in die andere Seite der Waagschale habe die Regierung nur die Altersversicherung zu werfen, die Pfennigrente auf Grund des Arbeitsbuches! Man habe früher mit der Einführung der Altersversicherung zugleich das Sozialistengesetz aufzuheben versprochen — heute komme man sich so hilflos vor, daß an eine Verschärfung des härtesten aller Ausnahmegesetze gegangen werden solle. „Das ist die offizielle Bankrotterklärung“, urtheilte der Redner, der schließlich erklärte, die Sozialdemokraten würden gegen den ganzen Etat stimmen.

Mit einer Rede des ultramontanen Abg. Windhorst schloß die Debatte. Das gesammte Extraordinarium und diejenigen Theile des Ordinariums, welche Neuforderungen enthalten, werden dem Brauche des Hauses entsprechend, der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen; der Rest soll bald im Plenum zur zweiten Lesung kommen.

Freitag, den 2. Dezember. Die gestern begonnene und heute fortgesetzte Debatte über die Erhöhung der Getreidezölle ist beim Schluß dieses Blattes noch nicht zu Ende gekommen. Wir gedenken daher in nächster Nummer zusammenfassend darauf einzugehen.

Dem Reichstage ist ein Antrag der Abgg. Graf v. Behr, v. Bennigsen und v. Hellendorf zugegangen, nach welchem unter Abänderung des Art. 24 der Reichsverfassung die Legislaturperiode des Reichstags auf fünf Jahre verlängert werden soll. Das Gesetz soll mit Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode in Kraft treten.

Fachverein der Tischler.

Montag, d. 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Heymann über: „Baukunst und Buchdruckerkunst“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Billets zu der am 25. Dezember in der „Berliner Ressource“ stattfindenden Weihnachtsfeier des Vereins sind in der Versammlung zu haben.

Der Vorstand.

Fachverein Berliner Studienteure.

Montag, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, in Rieff's Salon, Kommandantenstr. 72.

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.
NB. Das Arbeitsnachweis-Büreau befindet sich bei W. Lane, Granseeferstr. 4, Arkonaplag.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.
Robert Nürnberg,
Anklamersfr. 49.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin

von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Buch- und Steindruckerei
von **F. POSEKEL**
Berlin S.O., Oranien-Strasse 23,
empfehlte sich zur prompten und saubersten Ausführung aller Drucksachen.
Für Vereine fertige ich zu mässigsten Preisen:
Aufrufe, Jahresberichte, Kassenabschlüsse, Statuten, Cirkulare, Mitgliedsbücher, Plakate, Programme, Billets etc.

Kollegen, Genossen!

Arbeits-einstellung in der Schirmstoffabrik von Eckersdorf, Dranienstraße 65. 30 Streifende. Näheres durch Aufruf. Bitte Jang fernzuhalten.

Die Kommission. J. A.: Stellmacher.

Verantwortlicher Redakteur: Max Schippel, Berlin. — Druck und Verlag: F. Posekel, Berlin S. O., Dranienstraße 23.

Verein d. Sattler u. Fachgenossen.

Sonnabend, d. 3. Dezemb., Abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.

Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Heymann über „Baukunst und Buchdruckerkunst“. 2. Diskussion und Fragelasten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Den eingeschriebenen Mitgliedern des Verbandes deutscher Tischler (mit dem Sitz in Stuttgart) zur Nachricht, daß am Sonntag, den 4. Dezember, Vormittags 11 Uhr, im Lokal **Adalbertstraße 21 bei Otto** eine

Mitglieder-Versammlung

stattfindet.

Tagesordnung:

Anträge behufs Abänderung des Statuts. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager

von

C. Klein.

15. Ritterstraße 15.

Dasselbst Zahlstelle der Sattler u. Bronceur (G.S. 60.)

(Nachdruck verboten.)

Der ist nicht von hier!

Ein Berliner Straßenschild von Max Kreher.*)

Gotthold Feierlich stand an einer Straßenecke und überlegte soeben zum hundertsten Male, ob er sich rechts oder links wenden sollte. Eigentlich fand er dieses lange Ueberlegen selber zwecklos, denn die Perspektive rechts schien ihm ebenso trostlos, wie sie ihm links Grau in Grau vor Augen lag. Und doch erinnerte ihn ein Etwas fortwährend daran, daß es endlich Zeit sei, einen Entschluß zu fassen, und dieses Etwas war das Knurren seines Magens. Gotthold Feierlich hatte Hunger. Er konnte sich nicht entsinnen, je eine ähnliche Leere in seinem Magen verspürt zu haben, denn es war das erste Mal in seinem Leben, daß er einsam in einer großen Stadt stand, ohne Freund, ohne Heim und ohne Pfennig Geld, ohne eine liebende Seele, an die er sich in seiner Noth hätte wenden können.

Gotthold Feierlich war der Sohn eines armen Dorfschulmeisters in der Uckermark, der vor drei Tagen sich schweigend nach der Wand umdrehte, um den Ausspruch seines großen Lehrmeisters Pestalozzi zu bewahrheiten: „Der Tod ist ein Augenblick, der vorübergeht.“

Gotthold Feierlich wollte verdienen. Das war sein erster Gedanke, als er am frühen Morgen die Residenz betrat, in der er sich seinen Lebensunterhalt zu erringen hoffte.

Er mußte verdienen, das war eine natürliche Folge der Magenknurrens, das immer lauter und rebellischer wurde.

Aus den geöffneten Kellerfenstern einer Speisewirtschaft zu seinen Füßen drang Bratengeruch zu ihm heraus und rief eine heiße, stille Sehnsucht bei ihm hervor, dort unten im tiefen Grunde sein ganzes augenblickliches Leid bei einem guten Stück von einer Hammelkeule vergessen zu machen.

O, Hammelbraten — Gotthold hätte sein Leben dafür gelassen! Und hier war er so billig — die ganze Portion nur vierzig Pfennige; wie große, rothe Zettel es besagten. Aber er hatte die vierzig Pfennig nicht, der Arme!

Wie unser Freund so dastand in seinem blauen, altfränkischen Gehrock, ein gelbes, geblümtes Tuch um den Hals, die Mütze mit großem Schirm auf dem Kopf, sein kleines Päckchen, das die geringen Habseligkeiten enthielt, unter dem Arm, muß er einen gar kläglichen Eindruck gemacht haben, der wohl im Stande war, die Lachmuskeln eines theilnamlosen Spötters in Bewegung zu setzen.

Zwei halbwüchsige Burschen gingen neben pfiechend, die Hände in den Hosentaschen und mit ihren Stiefeln das Trottoir schlorrend, an ihm vorüber. Als sie ihn erblickten, fingen sie wie auf Kommando an zu lachen.

„Du, der ist nicht von hier,“ begann der Eine, Feierlich von unten bis oben mustern.

„Hurreeh, sieh' doch bloß die Mütze an,“ fiel der Zweite ein, „und den langen Hadenwärmer, der stammt noch vom „ollen Fritz“. Sie Männchen,“ fuhr er in einem Tone fort, der so ehrbar klang, daß ein Tauber dem Sprecher die Fopperei von den Lippen abgelesen hätte, „wie sieht's denn jetzt eigentlich unter'm Mähelndamm aus, he? Was hat der Maier Levi für die „Karrirten“ genommen? Die grüne Sturmhaube da auf Ihrem Kopf habe ich noch gestern beim Samuel Schmutz hängen sehen, nachdem seine Rasse lange genug drinnen gejunzt hatte. Lassen Sie sich die oberste Etage abnehmen und eine Weste draus machen, dann behalten Sie noch immer soviel zu einem Paar Hosen, wenn Sie den Frack herausgeschneitten haben.“

Die Bengel lachten aufs Neue, ihrem Opfer die ganze Ueberlegenheit ihres Straßenschildes fühlen lassend.

Gotthold Feierlich war starr vor Entsetzen. So etwas von frechem Uebermuth war ihm noch nicht vorgekommen. Er wurde über und über roth, vermochte aber kein Wort hervorzubringen. Er sah, wie die beiden Rangen, wahrscheinlich in Folge seines Schweigens, sich einen bedeutungsvollen Blick zuwarfen mit der Deutung ihrer Zeigefinger nach einer bestimmten Stelle des Kopfes, von der man sagt, daß der Verstand dort seinen Wohnsitz habe, und hörte dann den einen Jungen zum andern noch sagen:

„Komm doch man, der hat Hunger und will nassauern. Jetzt zieht er den Bratenduft da aus dem Keller ein und ist 'ne Dreierschrippe zu, dann ist er wieder fertig für heute. Die Brüder vom Lande muß man kennen.“

Sie sahten sich wieder unter und schlenderten ihres Weges weiter, ihre alte Beschäftigung wieder aufnehmend, das heißt: der Eine pfiff die Arie aus „Martha“ und der Andere den Fatinigamarisch, was so lange fort dauerte, bis sie an der nächsten Straßenecke den umgestülpten Birnenkorb einer Hölzerin bemerkten und sich sofort darüber hermachten, der Frau beim Einsammeln behilflich zu sein, wobei sie merkwürdiger Weise das meiste Obst in ihren weiten Taschen verschwinden ließen, bis sie zum Schluß

bei der gleichmäßigen Theilung ihres Freibeutergutes in einen Streit gerietten und sich zum Gaudium der Zuschauer auf offener Straße gegenseitig durchprügelten.

Hätte Gotthold Feierlich zu jenen unselbständigen Naturen gehört, die bei jeder geringsten Gelegenheit den Muth verlieren, so hätte ihm die Verhöhnung seitens der beiden Gassenjungen Veranlassung genug geben können, die Ohren, wie der Volksmund sagt, hängen zu lassen, denn nichts verlezt einen feinsühlenden Menschen mehr, als die Verpötlung seiner Person auf Kosten seines äußeren Adam. Aber unser Held besaß die kostbarste Perle menschlichen Strebens: er besaß wirklichen Muth, er besaß die Kühnheit, ohne die geringsten materiellen Mittel den Kampf mit dem Dasein aufzunehmen zu wollen, denn er nannte einen kostbaren Talisman sein eigen, und das war der fortwährende Gedanke an die letzten Worte seines Vaters: „Hilf Dir selber.“

Plötzlich stand er vor einer Anschlagssäule und las einen großen, rothen Zettel:

„Zehn Mark Belohnung. Ein Portemonnaie mit hundert Mark ist gestern Abend auf dem Wege vom Zentral-Theater bis nach der Burgstraße verloren worden. Abzugeben dort und gegen obige Belohnung.“

Wie, wenn er dieses Portemonnaie zufällig fände? Wie wäre ihm geholfen! Auf acht Tage wäre er der Sorgen ledig, und dann — kommt Zeit, kommt Rath.

Gotthold Feierlich beschloß also, auf die Suche zu gehen. Aber wo war das Zentral-Theater, wo war die Burgstraße? Schnell handeln war hier die Hauptsache.

„Können Sie mir wohl sagen, wo man nach dem Zentral-Theater kommt und von dort nach der Burgstraße?“ fragte er einen Dienstmann, der in der Nähe einer Destillation stand.

„Der ist nicht von hier,“ dachte dieser und warf einen mißtrauischen Blick auf das Paket unter Feierlich's Arm. Natürlich witterte er sofort einen Konkurrenten. Die Folge davon war, daß er Gotthold Feierlich nach einem ganz falschen Theater wies und die Burgstraße, in deren Nähe sie sich gerade befanden, nach einem ganz entgegengesetzten Stadtheil verlegte.

„Die Brüder vom Lande kennt man,“ philosophirte der Mann mit der rothen Mütze in seinen Bart hinein, Feierlich einen geriebenen Blick nachsendend; „sind hier kaum warm geworden in Berlin und schnappen einem gleich det bisken Brot vor die Nase fort, der kann lange suchen, haben's mit mir ebenso den ersten Tag gemacht. Heute wieder nicht zu verdienen, macht Allens die vilie Konferenz!“

Mit diesem „Konferenz“ recte Konkurrenz meinte er wahrscheinlich die vielen Destillationen, denn er stattete der nächsten sofort einen Besuch ab.

Gotthold Feierlich war auf dem Wege zum Zentral-Theater, oder vielmehr, er kehrte demselben, Dank der Menschenfreundlichkeit des Dienstmannes, den Rücken, als plötzlich ein nobler Herr, nachdem er ihn mit einem raschen Blick gemustert hatte, auf ihn zutrat und ihn anredete:

„Lieber Freund, können Sie mir vielleicht gegen die kleine Vergütung von fünfzig Pfennigen einen kleinen Dienst erweisen, indem Sie diesen Brief dort drüben in jenem Hause drei Treppen, bei Fräulein Werner abgeben?“

O, Feierlich, wie jubelte Dein Herz! Der erste Verdienst harrie jetzt seiner. Und zwar fünfzig Pfennig! Eine Angst befiel ihn plötzlich, daß der Hammelbraten in jener Speisewirtschaft seinem Ende entgegengehen könne. Er stotterte etwas hervor, aus dem der Herr vor ihm sechsmal das Wort „Dank“ entnahm, und erklärte sich zu dem Dienst bereit.

„Nun gut, dann gehen Sie, ich werde hier auf Antwort warten und inzwischen „wechsell“ gehen. Geben Sie mir Ihr Paket einstweilen, ich werde es so lange halten.“

Feierlich slog auf Flügeln der Eilfertigkeit nach dem bezeichneten Hause hinüber und der noble Herr ging „wechsell“, das heißt, er verschwand mit Feierlich's ganzer Habseligkeit um die nächste Straßenecke auf Rimmerwiedersehen.

Eine ganze Stunde lang stand Feierlich noch auf derselben Stelle des Trottoirs und harrie auf die Rückkehr des Fremden. Als er nicht kam, ging er „erleichtert“ in des Wortes wörtlichster Bedeutung die Straße weiter. Die Thränen standen ihm in den Augen, aber er schämte sich, irgend Jemandem etwas von seinem Unglück zu sagen. Wo sollte er auch wohl eine mitleidige Seele finden, er, der nur da zu sein schien, daß man ihn nach Herzenslust foppen zu können glaubte!

So kam er in eine Nebenstraße, in der in langen Reihen Menschen standen, die anscheinend auf etwas warteten.

„Auf was warten die Leute denn hier?“ fragte Feierlich einen Mann, der mit einem Anderen an einer Laterne stand und grimmig dreinschaute.

„Der ist nicht von hier,“ hörte er den Angeredeten gleich darauf halblaut dem Zweiten zurufen, dann kehrten sie ihm den Rücken und ließen ihn stehen.

„Die Brüder vom Lande muß man kennen,“ vernahm sein Ohr noch von einem der Beiden; „die verderben bloß die ganzen Preise.“

Feierlich sah ein kleines bildhübsches, armselig aber

nett gekleidetes Mädchen allein an einem Hause stehen. Er richtete dieselbe Frage von vorhin an die Kleine.

„Die suchen hier Arbeit,“ bekam er zur Antwort.

„Also hier bekommt man Arbeit?“

„Nein, das nicht, aber um vier Uhr kommt das Intelligenzblatt heraus, und da stehen die meisten Stellen drin. Wollen sie das nachher lesen? Das können Sie bei meiner Mutter, die muß gleich kommen mit den Blättern. Das Lesen kostet aber fünf Pfennige.“

Feierlich zuckte zusammen. Seine Hände durchwühlten die Taschen, wie schon oft während der letzten Stunden, vergebens, er fand diese fünf Pfennige nicht, von denen es möglicherweise abhing, ob er heute noch zu einem Nachtlager kommen sollte oder nicht.

Das kleine Mädchen beobachtete jede seiner Bewegungen und sah ihn dann fragend mit so treuerzigen guten Augen an, daß Feierlich ordentlich von der Reinheit, welche aus ihnen leuchtete, gerührt wurde.

„Sie haben wohl kein Geld zum Lesen? Dann werde ich ihnen fünf Pfennige leihen, und Sie geben sie mir nachher wieder zurück, nicht wahr? Dann merkt meine Mutter nichts davon.“ Feierlich war es auf einmal, als müßte er seine Hände ausstrecken, um einen Segen über das blonde, unschuldige Kindeshaupt zu sprechen. Aber er that es nicht, er hätte jetzt nicht sprechen können, ohne mit seiner Stimme zu zittern.

Eine halbe Stunde später sehen wir ihn mit einem beschriebenen Zettel in der Hand auf die Entdeckungstour seiner nächsten Zukunft ausgehen. Die erste Stelle war die eines Bierabziehers. Als ihn aber der betreffende Kellereibesitzer mit vielsagendem Blick fragte, ob er schon Kohlkräben gepflanzt habe, machte er schweigend kehrt, nicht ohne noch die Worte hinter seinem Rücken zu hören: „Der ist nicht von hier.“

Dann suchte er die nächste Adresse auf. „Hier werden Leichen befozt,“ las er an der Thür unter dem Namen, den er sich notirt hatte. Wie konnte man von Feierlich verlangen, daß er unter diesem „befozt“ das Waschen und Anziehen von Todten zu verstehen habe. Ein Schauer durchrieselte ihn daher und er ließ die Thürflinke wieder los. Bei einem Advokaten wurde ein Schreiber verlangt; als er aber, dort angelangt, die Treppen vom Parterre bis zum zweiten Stockwerk von lauter unheimlichen, verhungert aussehenden Gestalten besetzt fand, gewann seine Bescheidenheit die Oberhand und ließ ihn den Vortritt Anderen nicht streitig machen. So irrte er wohl ein paar Stunden umher, und überall, wo er hinkam, musterte man ihn von oben bis unten und vernahm sein Ohr die unheilsschweren Worte: „Der ist nicht von hier.“

Hungrig, elend und verzweifelt, sich seines Zieles nicht mehr recht bewußt, durchlief er die Straßen. Eine Equipage kam dahergerollt, gerade als eine Frau aus dem Volke mit einem kleinen Mädchen an der Hand kurz vor den Pferden den Straßendammpassiren wollte. Ein lauter Schrei ertönte, die Mutter schreckte zurück, das Kind stolperte und fiel zu Boden.

Ein Mann sprang plötzlich hinzu; gerade als die Hupe der Pferde das Kind berühren wollten, zog er dasselbe zurück, die Mäher packten ihn dabei und gingen über seine Brust. Die Menschen stauten sich, und Einige beugten sich über — Gotthold Feierlich, der die Hand des kleinen Mädchens hielt und mit schwacher Stimme hauchte: „Die fünf Pfennige haben schlechte Zinsen gebracht, Du kleines Mädchen — wir sind quitt, Gott segne Dich — mir ist geholfen!“

Gotthold Feierlich hatte sein Ziel erreicht: der Tod war sein erster Verdienst. Im nahen Hospital durchsah man seine Papiere, die er bei sich trug, und als der Arzt das Aufnahmejournal zur Hand nahm und den Wärter nach Feierlich's Heimath fragte, bekam er die Antwort: „Der ist nicht von hier.“

Lebenslauf eines Schmiedegesellen,

wohnhaft z. B. in Berlin, Blumenthalstr. 5.

Ich, Heinrich Hugo Hoffmann, geboren am 17. November 1841 zu Weisenspring bei Frankfurt a. O., ging von meinem 6. bis zu meinem 14. Jahre dafelbst in die Schule, mußte aber, da mein Vater als Weber nicht so viel verdienen konnte, wie zur Ernährung unserer fünf Geschwister nothwendig war, schon von meinem 10. Jahre an in eine Wollspinnereifabrik gehen für den hohen Lohn von drei Pfennigen pro Stunde. Dahin ging ich von Morgens 5 bis 8 Uhr, dann ging's nach der Schule. Raum aus der Schule zu Hause, die Stulle in der Hand, mußte ich wieder nach der Fabrik und nun ging es bis Abends 8 auch 10 Uhr; ja, es war nicht selten, daß, wenn mal ein Transport schlechter Wolle angekommen war, ich bis des Nachts um 12 Uhr habe an der Maschine sitzen müssen und die Wolle ansfeuchten, sonst konnten sie die Spinner nicht verarbeiten. Im Jahre 1856 wurde ich in Loffow, denn in Weisenspring war keine Kirche, mit aller kirchlichen Würde eingeseznet; den Katechismus und die Bibelsprüche hatten sie mir ja genug eingepaukt, aber mit dem Andern war es nur schlecht bestellt. Im Juni desselben Jahres starb mein Vater. Nun wollte ich

*) Mit Genehmigung des Verfassers aus dessen Sammlung: „Berliner Skizzen“ entnommen, die wir unsern Lesern auf das Beste empfehlen.

gerne das Schlossergewerbe lernen, konnte aber keinen Meister bekommen, bei dem ich mich freilehnen konnte, denn meine Mutter konnte mich nicht kleiden, die hatte selber nichts. Darauf wollte ich Schiffer werden, aber das ließ mein Vormund wieder nicht zu, infolge dessen ich noch bis 1858 in die Fabrik ging und meine Mutter mit den paar Pfennigen unterstüzte, denn ich bekam schon 6 Pfennige pro Stunde, weil ich aus der Schule war, mußte aber auch selbständig die Maschine versehen.

Schließlich hatte ich aber doch gar keine Lust mehr, in der Fabrik zu arbeiten. Ich ging deshalb nach Frankfurt und sah mich nochmals nach einem Meister um, fand auch dann richtig einen, der Mitleid mit mir hatte und mir für eine fünfjährige Lehrzeit die Kleidung, Bett und was sonst Alles dazu gehörte, versprach. Es war dieses aber nicht mal ein Schlosser, sondern ein Grobschmied, nämlich Meister Dettmer in der Großen Scharnstraße. Ich mußte aber auch schon Morgens um 4 Uhr raus und bis Abends 8 und 9 Uhr arbeiten, denn vor 9 durfte ich nicht aus der Schmiede, ich wurde auch schon garnicht eher fertig, denn wir waren damals 5 Burschen und 10 Gesellen. Heute ist die Schmiede ganz eingegangen und eine Schlächterei darin. 1863 wurde ich glücklich Geselle, arbeitete aber noch bei meinem Lehrmeister bis Februar 1864.

Bei der Stellung zum Militär kam ich glücklicherweise zur Ersatzreserve, sonst hätte ich wahrhaftig von meiner Jugend garnichts gehabt.

Nun ging es in die Fremde, es war gerade recht viel Schnee gefallen, das hinderte mich aber nicht, ich ging los. Mein Lehrmeister wollte mir noch Eins mit dem Beien geben, daß ich gerade während der Messe fort wollte, aber ich ließ mich nicht mehr halten.

Ich arbeitete dann in mehreren Städten und Dörfern, doch wollte ich gerne in's Ausland. 1865 arbeitete ich in Burg beim Schmiedemeister Bruchmüller in der langen Oberstraße. Dahin ließ ich mir einen Auslandspaß schicken, wurde aber während dieser Zeit an den Boden krank, welches mehrere Wochen dauerte. Meister Bruchmüller hat mich sehr unterstützt, daß ich nur bald wieder sollte gesund werden. Nach meiner Genesung wollte ich wieder zu gern in's Ausland, mein Meister hatte aber so viel zu thun und bat mich, ich sollte noch bleiben. Ich hatte ja nun auch ein gutes Herz und blieb bis 1866 zu Ostern noch bei ihm.

Dann ließ ich mir wieder von meinen Kollegen zu reden und ging nach Berlin, bekam da Arbeit und blieb sitzen bis 1869. Ich arbeitete damals beim Schmiedemeister und Hoflieferant Gustav Pietsch in der Behrenstraße. Als der Streit in Berlin 1869 losging, weil wir nicht mehr Morgens um fünf, sondern erst um sechs Uhr anfangen wollten und ebenfalls die Sonntagsarbeit abgeschafft werden sollte, da waren ja mehrere Meister, die das gleich bewilligten. Mein Meister hatte uns auch gleich die 11stündige Arbeitszeit bewilligt. Nun wurde aber in der öffentlichen Versammlung beschlossen, es sollte bei sämtlichen Meistern nochmals die Arbeit niedergelegt werden, damit die Meister, welche eingewilligt hatten, die andern zwingen sollten, auch die 11stündige Arbeitszeit einzuführen. Wir trugen nun Plakate in sämtliche Schmiedewerkstätten, damit die Gesellen es alle wußten, was beschlossen war. Da kam ich unter Andern nach der Potsdamer Straße zum Schmiedemeister Vester. Wir trafen da 14 Mann zusammen. Der Meister hatte angeschrieben: „Fremden Schmiedegesellen ist der Zutritt nicht gestattet.“ Man konnte von zwei Höfen nach der Bude kommen. Zwei Mann gingen nun von hinten nach der Schmiede. Der Meister hatte gerade Mittagsruhe gehalten, und kam in voller Wuth mit einem Gewehr auf uns los und drohte uns zu erschießen. Er hatte aber zum Glück nicht geladen. Nun kam es zur Keilerei. Der Meister schickte den Burschen nach der Polizei, die denn auch bald erschien. Wer nicht ausrücken konnte, wurde verhaftet und zur Wache gebracht. Ich war natürlich auch einer von diesen Dummen. Es wurden acht Mann festgenommen. Als nun überall hintelegraphirt war, ob unsere Wohnungen stimmten, da konnten wir gehen. Doch dauerte dieses von Nachmittags zwei bis Abends acht Uhr, bis wir runter kamen. Aber was geschah da, der grüne Wagen stand da und wir wurden höflich nach dem Molkenmarkt gefahren, wo wir uns drei und eine halbe Woche befinden konnten, ehe wir beim ordentlichen Richter vorgelesen wurden.

Nach der Verhandlung wurden wir denselben Tag noch entlassen. Meine Sachen, Geld, Uhr und Schlüssel bekam ich erst sieben Monate nach meiner Untersuchungshaft in Frankfurt wieder zurück. Ich wanderte nämlich wieder aus Berlin, da ich keine Arbeit bekam, so wie unsere Forderung gestellt war. Ebenso machte es mein Kollege, mit dem ich zusammen bei Meister Pietsch gearbeitet hatte. Wir gingen nun Beide los. Ich hatte gerade noch 12 Sgr. in der Tasche und mußte mich so durchschlagen. In Stettin bekam ich Arbeit beim Schmiedemeister Hesse, mein Kollege auf einem Dorfe bei Stettin. Von Stettin machte ich nach Königsberg, und kam 1870 gleich nach Neujahr nach Frankfurt a. D., arbeitete da bis Ostern und ging dann wieder nach Berlin. Hier arbeitete ich bis 1871 beim Hof-Schmiedemeister Siebert, Taubenstraße 8, und in der Schadowstraße 9 beim Schmiedemeister Koch. Der verkaufte sein Grundstück, die Schmiede ging ein und so kam es, daß, als ich mich jetzt verheirathet hatte, ich mir zureden ließ und wieder nach Frankfurt a. D. zog. Dort pachtete ich dem Aderbürger Pollack und seinem Sohn, dem Schmiedemeister Pollack, die Schmiede ab. Da war ich aber einer richtigen

Gaunergesellschaft in die Hände gefallen, denn die hatten es von vornherein darauf abgesehen, mir meine sauer ersparten Groschen sozusagen abzuschwindeln, denn in der Zeit von einem halben Jahr war ich Alles wieder los. Da zog ich wieder nach der großen Hauptstadt Berlin, um mir meine Existenz wieder von Neuem zu gründen, denn meine ganze Wirthschaft war zum Teufel gegangen. Erst arbeitete ich von 1872—1874 wieder auf mehreren Stellen als Geselle. Im Jahre 1874 kam ich nach der Potsdamerstraße 128—130 in's Fuhrgeschäft des Central-Bazars für Fuhrwesen, vormals Gebrüder Loskow. Nachdem ich dort bis vor Kurzem, also über 12 Jahre gearbeitet, sollte ich haben annehmen können, daß meine Stelle auch für die Zukunft eine dauernde sein würde, aber ich habe mich sehr geirrt. Am Sonnabend, den 10. September 1887, sagte mir der Buchhalter, Herr Schmidt, daß der Verwalter, Herr Krüger, ihm gesagt hätte, daß meine Kündigung von heute ab anginge und am 24. September 1887 abgelassen sei. Auf Befragen warum? wurde mir der Bescheid: Veränderungshalber!

Darauf hatte ich bei der Königl. Eisenbahnwerkstatt der Anhalter Bahn angefragt, ob ich da vielleicht noch könnte ankommen, aber — was wurde mir da für Bescheid: ich sei schon 46 Jahre und über 40 Jahre dürfe Keiner mehr angenommen werden!

Ich habe versucht, meinen Lebenslauf in Kürze mitzutheilen. Mögen doch die Kollegen allerorts aus dieser einfachen Schilderung ersehen, was einem Schmiedegesellen, der alt geworden, bevorsteht. Ich hätte sollen sparen, sagen Manche; ja, gewiß, ich wäre auch gern ein Rentier geworden. Wenn ich aber mit meinem verdienten Lohne Mische, Steuern, sowie alle Lebensbedürfnisse für mich und meine Familie — ich habe drei Kinder — bestritten hätte, dann war das Geld alle, es hat immer noch überall Etwas gefehlt, und doch, wenn Einer solide gewesen, so war ich's. Ein paar Nothpfennige haben noch nicht mal hingereicht, den Doktor zu bezahlen. Und nun? Sechshundvierzig Jahre alt, ausgenutzt und mürbe gemacht, hat mich das Kapital auf die Straße geworfen. Kollegen, lernt von mir, wie es dem größten Theil von Euch noch ergehen wird. Nur ein einziges Mittel giebt's dagegen: Wir müssen uns Alle miteinander vereinigen. Nur dann ist auf Abhilfe zu rechnen. Tretet zusammen, Mann für Mann zu einer Organisation und dann berathet und entschließt Euch, daß es anders werden soll.

Kinderarbeit. *)

Es ist ein großes, soziales Panorama des Elends mit tausend düsteren, kaleidospartigen Bildern, mein Leser, das sich bei Betrachtung dieses Themas vor deinen Augen aufthut. Wenn du siehst, wie ein rauhes Schicksal über den Frühling knospender Jugend schwarzes Ungemach verhängt — dein ganzes Mitgefühl wallt auf, das zarteste Gefaß deines Empfindens kommt in Erregung, und die Entrüstung möchte sich bäumen.

Aber wir wollen nach dieser düsteren Gegend schärfer blicken.

Nichts Erhebenderes im Menschenleben als das Kindesalter, dieses Aufgehen einer Blume, dieses Duftathmen einer frischen Seele! Wer von beiden röfiger prangt: ein Kinderfüßchen oder der junge Morgen, es läßt sich schwer sagen. Kindergeplauder, Vogelgesang — beides dieselbe herzfassende Melodie. Nicht ein Bufen würde im späteren Leben in heller Begeisterung wogen, nicht ein Herz tief innig lieben, wenn nicht das nebellose Frühroth des Kinderfrühlings vorausgestrahlt hätte. Fanny Lewald hat nur zu recht, wenn sie sagt: „In der engsten Enge wissen die Kinder eine sie beglückende Welt hervorzuzaubern, von deren Schönheit sie oft noch spät im Leben träumen und sprechen. Sie sind schöpferische Dichter, bis die unausgesetzte Berührung mit der Wirklichkeit die Schwingen ihrer Phantasie erlahmen macht! — Laßt sie träumen! denn sie sind selbst herrlich im Traume — und weckt sie nicht zu früh!“

Ja, weckt sie nicht zu früh! Wenn sie nur nicht das rauhe Leben weckt! Wenn nur nicht das düstere Menschenloos seine Schatten wie Steinwürfe in das Jugendparadies schleuderte!

Genau beklagt einmal jene Kinder, welche inmitten des Lenzes Blumen verkaufen müssen. Wie würde es dem edlen Dichter das Herz zusammenschüren, wenn er heutigen Tages so viele Kinder im zartesten Alter dem härtesten Kampf ums Dasein ausgesetzt sähe, wenn er beobachtete, wie sie herumspringen im Dunst der Fabriken, im Rädersausen der Maschinen, im Qualm der Dampföfen! . . .

Hier gilt es, vor dem Walzwerk auf einen langen Hebel zu drücken, damit die nackten, muskulösen Arme eines Arbeiters eine weißglühende Eisenmasse mit einer Zange auffangen können; dort heißt es, scharf Achtung geben, wenn bei den Hunderten von Spulen eines Webstuhls ein Faden reißt, damit er sofort wieder geknüpft werde; drüben in der Druckerei müssen die kleinen Hände die Foliobogen in die Presse schieben.

Was blüht bei solchem stundenlangen Arbeiten nicht Alles in der Kinderseele! Wie mögen sich in dem kleinen Gehirn die Gedanken zersetzen und wieder verketten! Wie oft an schönen Sommertagen wird die Sehnsucht hinausstreben nach dem Bispeltrauschen des Waldes, nach sonnen-

beglänzten Triften, nach den Röhnen, die sich auf dem blauen Spiegel des See's herumtummeln. —

Ist die sechsstündige Arbeitszeit vorüber, so folgt der dreistündige Schulunterricht, womöglich in der Fabrikfabrik. Jetzt soll die müde Aufmerksamkeit in der Geographiestunde nach fernen Ländern schweifen, in der Geschichtsstunde die Thaten vergangener Zeiten bewundern oder sich im Rechnen üben.

Ja, vor allen Dingen rechnen lernen, damit die kleinen Köpfe genau dahinter kommen, was sie verdienen. . .

Wieviel verdient denn ein solch armes Kind wöchentlich? Wenn es hoch kommt, so sind es drei Mark. . . . Drei Mark! Die Herrlichkeit der Jugend, so viel echter Frohsinn, so viel herzige Freude kostet alles zusammen wöchentlich — nur drei Mark!

So die in Fabriken beschäftigten Kinder. Ihr trauriges Loos ist insofern noch ein erträgliches, weil die Dauer ihrer täglichen Arbeitszeit vom Auge des Gesetzes überwacht wird. Aber weit schlimmer sind ihre Altersgenossen daran, welche im Banne der Hausindustrie stehen, daheim in den engen, dumpfen Zimmern, kommandirt von Leuten, über die eine Aufsicht nicht ausgeübt wird. O, es ist traurig, daß es Kindern, wenn sie, um der Noth der Eltern willen, in der eigenen Familie zu arbeiten haben, viel trüber ergeht, wie in Fabriken!

Beim Verfertigen von Spielsachen, die später unter dem strahlenden Christbaum andere Kinder in helles Entzücken bringen, beim Anstreichen kleiner Holzsoldaten, beim Zusammensetzen künstlicher Blumen, welche den Duft der Kinderfröhlichkeit rauben, heißt es: unermüdetlich arbeiten.

Ja, arbeiten und arbeiten, während andere Kinder sich im blinkendsten Sonnenschein ergehen, arbeiten und arbeiten, wenn draußen der Frühling lacht, arbeiten und arbeiten, wenn der Winterfrost starrt, arbeiten und arbeiten bis in die tiefe Nacht hinein, wenn Alles schläft. . .

O, ihr Schlemmer, ihr Tagediebe, ihr Roués, während ihr endlich eure feidenen Nachtmützen auf die Glasköpfe drückt und eure Lichter auspuffet, wachen Kinder, welche Helden sind!

Ob angesichts so trüber Situationen nicht das vollständige Aufhören der Kinderarbeit am Plage wäre? Eine Masse lauter Stimmen sind dagegen. Vom Standpunkt des nach Gewinn leuchtenden Geschäftes aus meinen sie, daß nur durch die billige Kinderarbeit der Konkurrenz zu begegnen sei. Aber wenn es wahr ist, daß eine Industrie nur durch die Beihilfe der Kleinen konkurrenzfähig bleiben kann, ob es da nicht besser wäre, daß dieser Industriezweig ganz aufhöre, als daß man die Kinder schädigt, um den Industriezweig zu erhalten? Denn, wie kürzlich auch im Reichstage ausgeführt wurde, „eine um solchen Preis erhaltene Industrie kann unmöglich auf die Dauer dem Lande von Vortheil sein; die schlimmsten Folgen werden sich später unter allen Umständen zeigen. . . .“ Dann wird gesagt, daß die Beibehaltung der Kinderarbeit notwendig sei im Interesse der Arbeiter selbst. Es wird angeführt, das Kind müsse zu den Bedürfnissen der Familie beitragen. Wo das der Fall ist, wird damit weiter nichts bewiesen, als daß der erwachsene Arbeiter zu schlecht bezahlt ist. Eine gut entwickelte Industrie kann und muß den Arbeiter so bezahlen, daß die Kinderarbeit unnöthig erscheine.“

In Industriegegenden, welche keine Kinderarbeit kennen, verdient der Arbeiter nicht weniger, als in Orten, wo auch die Kinder arbeiten müssen. Im Gegentheil, es sind durchschnittlich im deutschen Reiche die Arbeitszustände nirgends elender als da, wo die Kinder mitarbeiten.

Der Kongress der französischen Gewerkschaften.

Der Kongress der französischen Gewerkschaften, welcher Ende Oktober (vom 23. bis 30.) in Montluçon getagt hat, bedeutet eine weitere Etappe auf der Bahn zur Organisation der französischen Arbeiter, während er zugleich ein Stadmesser dafür ist, wie die sozialistischen Ideen mehr und mehr in das Proletariat eindringen.

Der erste französische Gewerkschaftskongress hat im vorigen Jahre in Lyon stattgefunden. Obgleich damals Regierung und Bourgeoisie mit Geld und allen Arten von Begünstigungen nicht knauserten (weshalb auch der Kongress so stark besucht war), um recht viele „vernünftige und gemäßigte“ Leute auf den Kongress zu bringen und diesem dadurch einen reaktionären Charakter zu verleihen, so hatte sich doch die Versammlung in den Kardinalfragen für den modernen Sozialismus erklärt.

Diesmal aber, wenn auch die Kongressbetheiligung nicht so stark war — es waren zirka 200 Gewerkschaften aus allen Theilen des Landes vertreten — trug der Geist, die Bestrebungen, welche die Delegirten belebten, ein noch entschiedeneres sozialistisches Gepräge, das in der Hauptresolution zum deutlichen Ausdruck gelangt, welche fordert: Expropriation der Kapitalisten und Sozialisirung der Produktionsmittel.

Die erste Frage, die zur Erörterung kam, bezog sich auf Bildung einer nationalen Föderation (Vereinigung) der französischen Gewerkschaften, ferner auf eine nationale und internationale Organisation der Arbeiter nach Gewerkschaften behufs ihrer gemeinsamen Aktion. Der Kongress forderte die baldmöglichste Errichtung von nationalen und internationalen Vereinigungen nach Gewerken, um dadurch die einzelnen Gewerkschaften aus ihrer jetzigen Ohnmacht zu reifen. Angesichts der heute in Bezug auf die Löhne und die Arbeitszeit herrschenden Ungleichheit, ist dies das einzige Mittel,

*) Aus Karl Böttcher's: Sünden unserer Zeit. Der Verfasser steht sonst auf einem gänzlich anderen Standpunkt wie wir.

die niedrigsten Löhne und die längste Arbeitszeit zu verhindern, welche in Folge der Konkurrenz zwischen den Fabrikanten in allen Industriezweigen immer mehr die allgemeine Regel zu werden drohen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Bedingungen für Befreiung der Arbeit und die sofort zu ergreifenden Schutzmaßnahmen für Arbeiter. Die diesbezüglichen Resolutionen des Kongresses lauten dahin, daß die Arbeit nur dann von Sklaverei und Elend befreit werden kann, wenn Arbeitsmittel und Rohstoffe (Werkzeuge, Maschinen, Eisenbahnen etc.) aufhören, Monopol der besitzenden Klasse zu sein und gemeinschaftliches Eigentum des ganzen Volkes werden. Zu diesem Zwecke fordert der Gewerkschaftskongress alle französischen Arbeiter auf, in die „Korporative Föderation“ einzutreten, um gemeinsam als starke, ihrer Mission bewußte Arbeiterarmee die soziale Umgestaltung herbeizuführen, welche alle Produktionsmittel vergesellschaftet wird.

In Erwartung dieser unvermeidlichen Umgestaltung empfiehlt der Kongress als vorläufig unbedingt zu erstrebende Reformen folgende:

1. Einen Minimallohn, welcher dem Preise der für die Existenz der Arbeiter notwendigen Lebensbedürfnisse entspricht.
2. Einen achtstündigen Normalarbeitstag.
3. Gleiche Löhne für beide Geschlechter.
4. Unentgeltlicher Unterhalt und Unterricht aller Kinder bis zum Eintritt in das produktive Leben durch Staat und Gemeinde.
5. Ueberwachung der Lehrlinge und Kinder durch eine von den Gewerkschaften gewählte Kommission.
6. Unterhalt der Invaliden, Kranken und Alten durch Staat und Gemeinde.
7. Verantwortlichkeit der Unternehmer bei in ihrem Dienste geschehenden Unglücksfällen.
8. Strenge Durchführung des Gesetzes von 1848, welches die Zwischeneinsteiger verbietet.

Was die Frage einer **internationalen Arbeits- und Fabrikgesetzgebung**, sowie den für nächstes Jahr bestimmten internationalen Kongress anbelangt, so beschließt der Kongress: die Regierung der französischen Republik anzusprechen, mit den übrigen Regierungen in Verbindung zu treten, um eine internationale Arbeiterschutz-, resp. Fabrikgesetzgebung auszuarbeiten. Diese internationale Gesetzgebung soll bezwecken: Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, Beschränkung der Arbeit Erwachsener auf 8 Stunden pro Tag und Festsetzung eines obligatorischen Ruhetages pro Woche, Verbot der Nachtarbeit, außer in gewissen zu bestimmenden Fällen, wo sie von der modernen Produktionsweise unbedingt erforderlich wird; Verbot gewisser Arbeitszweige, welche die Gesundheit des Arbeiters schädigen; endlich Festsetzung eines internationalen Minimallohnes, welcher für beide Geschlechter gleich sein muß.

Der Kongress erklärt ferner, daß jede Arbeiterorganisation die Pflicht habe, sich an allen internationalen Arbeiterkongressen zu beteiligen und fordert deshalb Aufhebung des Gesetzes von 1872 gegen die Internationale.

Nach Erledigung der Tagesordnung und vor Schluß des Kongresses sendet derselbe den Arbeitern aller Länder, die für die Emanzipation des Proletariats kämpfen, seine brüderlichen Grüsse und versichert sie seiner Solidarität. „Ueberzeugt davon“, sagt der Beschluß, „daß die soziale Frage eine internationale Frage ist und nur durch gegenseitiges Einvernehmen und gemeinschaftliche Tätigkeit gelöst werden kann, protestieren die französischen Gewerkschaften gegen die unter dem Vorwande des Patriotismus zwischen den Völkern genährten Spaltungen; sie denunzieren laut den Rüstungswahn, der sich der europäischen Regierungen bemächtigt hat und brandmarken als eines der größten Verbrechen den Krieg, den eben diese Regierungen vorbereiten und den mit allen Mitteln zu verhindern, Pflicht der Arbeiterklasse ist.“

Wir fügen dieser Mitteilung eines Wiener Arbeiterblattes gleich bei, daß — wie der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ nachträglich noch berichtet — vom 14. bis 17. September der 4. französische Buchdruckerkongress in Paris tagte und sich hauptsächlich mit der Frauenfrage, der Erhöhung der Beiträge zur Gründung von Genossenschaftsbuchdruckereien und der Lehrlingsfrage beschäftigte, leider meist in noch recht rückständiger Weise. So war die Behandlung der Frauenfrage eine durchaus einseitige. Die Redner der Minorität führten zwar aus, daß die Frage der Beschäftigung und der Konkurrenz der Frauen keine Frage eines besonderen Berufes, sondern eine soziale Frage sei, die nicht nur vom engen Buchdruckerstandpunkt ins Auge gefaßt werden dürfe; daß man — auch nicht unter den heutigen Konkurrenzverhältnissen, geschweige denn für immer — den Frauen ihr Recht auf eine selbständige Existenz, auf volle wirtschaftliche Unabhängigkeit, nicht verkümmern dürfe; was man fordern könne, das wäre verständig, „daß sich die Frauen nicht als Konkurrenzwerkzeuge der Prinzipale gebrauchen lassen, um uns, gegen geringere Bezahlung, in unseren Plätzen zu ersetzen“, man schlug vor, die Frauen entgegen in die existierenden Vereine als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen, sobald sie zum Tarif arbeiten oder aber denselben bei Gründung von Frauenvereinen beihilflich zu sein; anstatt die Seherinnen mit allen Mitteln zu bekämpfen, solle man sie für unsere Sache zu gewinnen suchen und den Prinzipalen zeigen, daß sie sich geirrt, als sie die Frauen als Konkurrenzinnen in das Buchdruckgewerbe warfen. Alle Konsequenzen der einzuschlagenden Taktik wurden erwogen, indessen war alles umsonst; die Mehrheit stellte die Frauen auf eine Stufe mit den „Sar-

rafins“ und will den Kampf gegen dieselben mit allen gesetzlichen Mitteln fortgesetzt wissen. Dies wurde mit 49 gegen 18 Stimmen beschlossen. Auf dem Kongresse von 1885 sprachen sich nur 4 Stimmen zu Gunsten der Frauen aus, so daß ein gewisser Fortschritt ja immerhin unverkennbar ist.

Fieber die Lage der Ziegelerbeiter in der Umgegend Berlins

schreibt man dem „Vereinsblatt für Bauhandwerker“ aus Belten:

Berlin braucht jährlich ungefähr 500 Millionen Ziegelsteine, und einen guten Theil gebraucht noch die Umgegend. Fast 80 pCt. dieser Summe liefern die nach Hunderten zählenden Ziegeleien auf beiden Seiten der unteren Havel von Potsdam bis Brandenburg, Palsow, Glindow, Werder, Regin, Lehnitz, dazu kommen die großen Ziegeleien von Köpnic bis Storfow und Mittenwalde an der Dahme, Nottz, Rientz, Müdersdorfer See, ferner die Ziegeleien von Herzfelde und Nehsfelde. Nun geht es an die obere Havel nach Sternsdorf und Henningsdorf, wo jährlich sechs Millionen Steine aller Art fabrizirt werden, Belten, Birkenwerder, Dranienburg, Gremmen, am Finowkanal und Werbelliner See, Schöpffurth, Heyermühle, Johannesthal, Eberswalde, Hohenfinow. Dazu kommen die Ziegeleien in der an die Havel anstossenden Elbmebung, welche die sogenannten Rathenower Steine liefern und dann die weltbekannten Belsiden-Steine. Daran schließen sich die Ziegeleien auf den Braunkohlenthonlagern von Magdeburg nach Havelberg nur bis nach Wittenberg u. i. w.

Zu 100 000 Ziegeln gehören 10 Ziegler, die gewöhnlich zwei und zwei Mann zusammenarbeiten. Sie haben drei Ziegeleiarbeiter nöthig und dazu kommen die Arbeiter, die die Ziegeleien auf den Braunkohlenthonlagern von Magdeburg nach Havelberg nur bis nach Wittenberg u. i. w. Zu 100 000 Ziegeln gehören 10 Ziegler, die gewöhnlich zwei und zwei Mann zusammenarbeiten. Sie haben drei Ziegeleiarbeiter nöthig und dazu kommen die Arbeiter, die die Ziegeleien auf den Braunkohlenthonlagern von Magdeburg nach Havelberg nur bis nach Wittenberg u. i. w. Zu 100 000 Ziegeln gehören 10 Ziegler, die gewöhnlich zwei und zwei Mann zusammenarbeiten. Sie haben drei Ziegeleiarbeiter nöthig und dazu kommen die Arbeiter, die die Ziegeleien auf den Braunkohlenthonlagern von Magdeburg nach Havelberg nur bis nach Wittenberg u. i. w.

Der Ziegelstein wird in gewöhnlichen Zeiten mit etwa 18 Mk. ab Ziegeler abgegeben; die Ziegler erhalten in Afford 1 Mk. auch wohl 1,15 Mk. bis 1,25 Mk. für das Tausend. Wenn aber, wie bei jetziger Zeit, die Ziegelpreise sehr viel höher stehen und das Tausend ab Ziegeler 36 Mk. im Durchschnitt bringt, dann sehen sich die Besitzer durchaus nicht veranlaßt, nun auch den Ziegler entsprechend zuzulegen.

Die Brenner für den Ringofen, die jeder sieben Tage oder sieben Nächte arbeiten, erhalten für die Woche in Belten 19 Mk. 50 Pf., in Birkenwerder 15 Mk., in Henningsdorf 14 Mk.

Die Arbeiter auf der Ziegelei in Belten erhalten den Spottlohn von 1 Mk. 75 Pf. für den langen Arbeitstag von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr. Die Altziegelei Birkenwerder ist noch etwas besser auf Dividende bedacht, sie zahlt nur 1 Mk. 50 Pf. Dort kommen übrigens auf drei Arbeiter so ziemlich ein Meister als Treiber. Henningsdorf giebt 1 Mk. 60 Pf. Tagelohn. Krankengeld wird 27 Pf. abgezogen!

Dabei ist es vorgekommen, daß in Belten eine Wohnung für Arbeiter um 30 Mk. gesteigert worden ist. Auch sind die Lebensmittelpreise in Belten recht hoch. Ein Brod zu 9 Pf. kostet 1 Mk., Rindfleisch, ziemlich schlechte Sorte, 60 Pf., besseres 75 Pf. das Pfund. Schweinefleisch mit Knochen 60 Pf., ohne Knochen 70 Pf. Hammelfleisch 50 bis 60 Pf. Kalbfleisch 50 bis 60 Pf.

Hieraus mag man ersehen, welches Glück den Ziegler und Ziegeleiarbeitern erblüht. Es ist Hunger und Elend! Da wäre es wirklich an der Zeit, daß auch für die Ziegler etwas geschieht, daß sie erwaschen und sich vereinigten, um dieser trostlosen Lage abzuhelfen, soweit es geht. In diesem Jahre sind die Ziegler in Berlin ganz kolossal hoch bezahlt, aber für die Arbeiter ist keine Verbesserung eingetreten, auch nicht die geringste.

Wir bitten alle Ziegler und Ziegeleiarbeiter, die sich für die Verbesserung ihrer Lage erwärmen können, sich an C. Hennig, Ziegler, Belten, Karlstraße 10 zu wenden. Man möge überall Vereine gründen. Es ist für alle Bauhandwerker, die auf Ziegeleien kommen, eine Pflicht, diese Sache im Auge zu behalten und eine Aufklärung dieser armen, meistens etwas zurückgebliebenen Menschen zu versuchen.

Aus der Berliner Arbeiterbewegung.

Die Bewegung der Posamentirer in Berlin.

A. A. Nach ungefähren Schätzungen beträgt die Zahl der in Berlin beschäftigten Posamentirer (Stuhlarbeiter, Knopfmacher und Schürdreher) 4—500.

Was die Arbeitszeit anbelangt, so ist zu bemerken, daß in der Mehrzahl der Werkstätten 10stündige Arbeitszeit eingeführt ist, es sind jedoch auch Ausnahmen zu verzeichnen, wo noch 10¹/₂ Stunden gearbeitet wird und wiederum auch solche, wo eine Arbeitszeit von 9¹/₂ Stunden eingeführt ist. Ebenso gut wie nun in anderen Gewerben erst eine 10stündige Arbeitszeit angeführt wird, würde für die Posamentirer eine Maximalarbeitszeit von 8—9 Stunden für die heutigen Verhältnisse durchaus genügen, denn leider giebt es bei noch so flotten Geschäftsgang immer noch Arbeitslose genug und in der stillen Zeit in allerdings noch viel größerer Anzahl. Die Löhne sind sehr verschieden und werden im Allgemeinen immer geringer. In den größeren Fabriken wird in der Regel

in Afford gearbeitet, während bei den kleinen Meistern meist Zeitlohn gezahlt wird. Letzterer beträgt, wenige besser bezahlte Stellen ausgenommen, 20—21 Mark, oft genug kommt es jedoch vor, daß Leute gezwungen sind, für 18 Mark zu arbeiten. Der Durchschnittslohn stellt sich jedoch noch bedeutend niedriger, wenn man bedenkt, daß in der klauen Zeit die Herren Prinzipale gleich mit Ansehen und Halbtagsarbeit bei der Hand sind. Bei den Affordarbeitern ist ganz dasselbe Verhältnis. Wenn dieselben auch hin und wieder 24—27 Mark verdienen, so kommen doch oft genug Wochen vor, wo kaum 10—15 Mark verdient werden. Ja, es giebt sogar Arbeitgeber, welche, sobald über 24 Mark verdient wird, die Stückpreise kürzen. Nach beendeter Saison werden natürlich eine ganze Anzahl entlassen, die dann das zweifelhafte Glück genießen, verschiedene Wochen zu feiern.

Daß dem Geschehen vom Meister Kost und Logis gegeben wird, kommt nur in seltenen Fällen vor, auch daß Arbeiter die Aufträge bei sich zu Hause ausführen, ist nur in wenigen Fällen zu verzeichnen. Es giebt jedoch verschiedene sich selbständig nennende Individuen, welche sich Arbeit, die von Mädchen gemacht wird, von verschiedenen Arbeitgebern zusammenholen, sich dann einige Lehrmädchen annehmen und von diesen die Arbeit machen lassen. Letztere werden dann natürlich sehr gering gelohnt.

Im Allgemeinen ist im Möbelgeschäft (Passementrie für Zimmer- und Möbeldecoration) die Zahl der Großbetriebe überwiegend, während jedoch im Konfektionsfach (Passementrie für Damenmäntel und Kleider) die kleinen Betriebe mit keinem oder einem und zwei Gesellen und den nöthigen „Lehrlingen“ am meisten vertreten sind. Grade was die letzteren anbelangt, so haben wir in unserem Gewerbe ganz dieselben Missethände, wie sie von anderen geschilbert werden. Es giebt Werkstätten, wo die Anzahl der Lehrlinge in gar keinem Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Gesellen steht und viele Prinzipale arbeiten überhaupt nur mit Lehrlingen; darin sind namentlich die Herren Zimmungsmeister groß.

Nun etwas über die Frauenarbeit. Man kann annehmen, daß im Passementriegewerbe ungefähr 2500—3000 Frauen und Mädchen beschäftigt sind und wir möchten fast behaupten, daß bei Fortbestehen der heutigen Verhältnisse unser Geschäft in späteren Jahren nur noch vom weiblichen Geschlecht verrichtet wird. Nicht allein, daß die Knopfmacherarbeit, welche früher nur von Männern gemacht wurde, heute schon ganz in die Hände der Frauen übergegangen ist, nein, auch fangen die geriebeneren der Fabrikanten schon an, die Stuhlarbeit (Weben von Franzosen, Gimpfen u. dgl.) von Mädchen verrichten zu lassen. Und hierbei sei bemerkt, daß diese Beschäftigung eine ganz gesundheitswidrige für die Mädchen ist; man ist nämlich bei Veranlassung derselben gezwungen, sich mit der Brust nach vorn anzulehnen.

Kinder werden hier in Berlin in unserm Fach nicht beschäftigt, dagegen aber um so mehr im Erzgebirge, wo die Posamentenfabrikation zu Hause ist.

Angefaßt der oben angeführten Missethände und speziell in Folge Einführung der Mädchenstuhlarbeit fanden es einige Kollegen an der Zeit, Stellung zu nehmen und gründeten zu dem Zwecke im Jahre 1883 den Fachverein. Am Anfang nur 20 Mitglieder, vermehrten sich dieselben bald auf 100, welche Zahl jedoch auch bisher nicht, wenigstens nicht in bedeutendem Maße überschritten wurde. Der erste Schritt, welchen der Verein unternahm, war die Proklamirung eines partiellen Streiks bei der Firma B. und G. Kessler, weil dieselbe namentlich viel schlechtbezahlte Mädchen auf dem Stuhle beschäftigte. Leider war jedoch der Streik erfolglos, da für die Streikenden andere an deren Stelle traten, die entweder von auswärts kamen und die Verhältnisse nicht kannten oder solche, welche indifferent waren. — Im weiteren Verlaufe gründete dann der Verein eine Vorkaufsgesellschaft. Diefelbe fand auch, bald nachdem sie ins Leben getreten, Gelegenheit, in einer größeren Fabrik, wo schlechte Affordpreise gezahlt wurden, energisch vorstellig zu werden, und wurde hier auch ein Erfolg erzielt, indem diese Preise um etwas aufgebessert wurden. Ferner ließ es sich der Verein angelegen sein, einen Arbeiternachweis einzurichten, welcher bisher von Arbeitgebern sowohl, als auch von Arbeitnehmern ziemlich stark in Anspruch genommen wurde. Auch wurde die in Oera erscheinende „Deutsche Manufakturarbeiterversammlung“ als Fachblatt anerkannt.

Um nun auch die vom Verein abseits stehenden Kollegen auf den Verein aufmerksam zu machen, schickte die Lohnkommission im vorigen Jahre den Entschluß, verschiedene öffentliche Versammlungen einzuberufen, wo über Lohnverhältnisse und dgl. diskutiert werden sollte. Hier hatten wir aber Gelegenheit, den hemmenden Einfluß des Punkamer'schen Streiterlases auf die Gewerkschaftsbewegung kennen zu lernen, denn zwei von der Lohnkommission anberaumte Versammlungen wurden nicht genehmigt. Infolge dessen war es dem Verein bisher auch nicht möglich, größere Erfolge zu erzielen. Erst in neuester Zeit wieder wurde eine Versammlung des Fachvereins nicht genehmigt, in welcher der Schuhmachermstr. Mehner sprechen sollte und die letzte wurde aufgelöst, weil ein Mitglied diesen Umstand in seiner Rede erwähnte.

Hinzugefügt könnte schliesslich noch werden, daß ein Versuch der Gründung eines Gesellenauschusses wähen zu lassen, von den Gesellen vereitelt wurde.

Kleine Mittheilungen.

Ueber den „arbeiterfreundlichen Staatsbetrieb“, wie er in Wirklichkeit ist, nicht wie ihn Staatssozialisten von der Richtung des Professors Ad. Wagner ausmalen, finden wir wiederum eine recht bezeichnende Mittheilung und zwar in der „Frank. Tagespost“. Der Dienst und das Einkommen eines „niederem Postbeamten“ in Bayern wird da folgendermaßen geschildert: Nehmen wir einmal die Klasse der Packfahrer, von denen so viele Leute meinen, daß sie es doch eigentlich recht schön haben müßten, da sie früher die Karren in der Stadt herumziehen mußten, während sie jetzt in den „Fourgons“ selbst gefahren werden. Der Dienst eines solchen Angestellten beginnt Morgens 6 Uhr im Bahnhof mit der Uebernahme; um 1/8 Uhr findet die Abfahrt von der Hauptpost statt und es dauert dann der Bestelldienst in jetziger Zeit bis Mittags 12¹/₂ Uhr. Dann „Veldienst“, Verbringung der Poststücke in's Bureau und Umladedienst. Sodann zur Vermittlung der Postsendungen an sämtliche Bestellbezirke, Abfahrt am Bahnhof um 1/4 Uhr bis Abends 6, auch 1/7 Uhr, je nach der Zahl der Sendungen. Hierauf Beginn des Nachdienstes, bei welchem kein Theilnehmer mehr daran denken kann, nach Hause zu kommen. Der Nachdienst besteht darin, bei jedem Zug, welcher Postbeförderung für Lokal- oder Transitverkehr hat, das Aus- und Einladen zu besorgen, eine Beschäftigung, wie sie in uralter Zeit, als noch die Sklaverei bestand, auch nicht härter gewesen sein kann. Der Nachdienst hört Morgens um 1/8 Uhr auf; dann wieder Abfahrt und Bestelldienst wie oben bis Abends 6, auch 1/7 Uhr. Die nächste Nacht ist „frei“. So geht es Jahr aus, Jahr ein, Sommer und Winter, im Monat, einschliesslich Nachdienstes, zweiundvierzig Veldienst! Hierfür giebt es das „hohe“ Salär von 73, mit Worten dreieinhalbzig Reichsmark, macht pro Tag wirklich geleisteter Arbeit eine Mark fünfzig Pfennig! Dabei wird den Leuten von Seiten der Vorgesetzten fortwährend das Bischen Trunkgeld vorgeworfen, daß sie von einzelnen Geschäftsleuten erhalten, während sie thatsächlich auf dasselbe angewiesen sind, wenn sie nicht körperlich verkommen sollen. Der Gehalt ist zwar 1879 vom bayerischen Landtage auf 80 Mark festgesetzt worden; das Amt zieht aber dem Postboten 5 Mark ab gegenüber denjenigen, die im Bureauendienst verwendet werden, dazu kommen noch 2 Mark Strafgeld, so daß also thatsächlich 73 Mark verbleiben. Dazu kommt noch die hohe

Verantwortung des Voten. Von derselben hört man natürlich nicht eher, als bis etwas fehlt, dann heißt es bloß: bezahlen, und wenn es auch Hunderte von Mark ausmacht! Die „freien“ Tage sind auch mit der Laterne zu suchen. Sie bestehen in fünfzehn halben Sonntagen jährlich, jedesmal Nachmittags. Bei der deutschen Reichspost soll dem Mann immer mindestens der dritte Sonntag freigegeben werden; wenn bei uns Einer den Sonntagmorgen freibekommen will, muß er beim Amt darum nachsuchen und im Falle der Bewilligung 2 Mark 50 Pf. für Stellvertretung bezahlen! Trifft es sich einmal, daß man Familienverhältnisse halber den Nachdienst nicht machen kann, so sind gleichfalls 2 Mark 50 Pf. für Stellvertretung zu entrichten. Zum Schluß noch ein Wort über die „guten Ausichten“ zur Beförderung. Wenn der Mann nach allen Dimensionen ausgenüßt ist, bringt er es nach 15—16 Jahren zum Bureaudienstgehilfen. Das ist die höchste „Charge“, die er zu erreichen pflegt. In seinem bisherigen Beruf ist er gewöhnlich schon so heruntergekommen, daß er häufig krank wird und infolge dessen eine anderweitige Beförderung nicht mehr zu erwarten hat. Das sind die „glänzenden Verhältnisse“ und die „guten Ausichten“ bei den Verkehrsanstalten!

Ueber die Sozialdemokratie in Sachsen und die sächsischen Landtagswahlen schreibt man der „Voss. Ztg.“: Ein interessantes Ergebnis liefert die Statistik der sächsischen Landtagswahlen für sämtliche Wahlkreise. Es stellt sich nämlich dabei heraus, daß, sofern man die Zahl der Mandate im Verhältnis zu der Zahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen vertheilen wollte, alle Parteien und vornehmlich die Konservativen eine nicht unbeträchtliche Einbuße zu Gunsten der Sozialdemokraten erleiden müßten, und daß die Zahl der letzteren alsdann von 5 auf 16 steigen würde. Von den 80 Landtagswahlkreisen Sachsens haben 24 im Jahre 1883, 27 im Jahre 1885 und 29 in diesem Jahre zum letzten Male gewählt, und zwar sind bei diesen Wahlen in Hunderten abgerundet insgesamt 160 800 Stimmen abgegeben worden, während bei der letzten Reichstagswahl bei einer Wahlbeteiligung von etwa 79 pCt. 519 358 Wähler von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht haben. Nimmt man nun an, daß die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen durchschnittlich 40 pCt. betragen habe — diesmal betrug sie bei sehr reger Theilnehmung etwa 46 pCt. — so würden den 656 214 Wahlberechtigten zum Reichstage etwa 402 000 Wahlberechtigte zum Landtage gegenüberstehen. Von jenen 160 800 Stimmen, welche bei den Landtagswahlen abgegeben wurden, entfallen in runder Summe 77 500 oder 48,2 pCt. auf die konservative, 22 300 oder 13,9 pCt. auf die nationalliberale, 28 000 oder 17,4 pCt. auf die fortschrittliche und freisinnige und 33 000 oder 20,5 pCt. auf die sozialdemokratische Partei. Hinsichtlich der fortschrittlichen und der freisinnigen Stimmen läßt sich zur Zeit eine Trennung noch nicht ermöglichen. Demnach müßten bei einer der obigen Stimmenzahl proportionalen Vertheilung der Mandate den Konservativen 39 zufallen, während dieselben thatsächlich über 46 verfügen. Die Nationalliberalen würden statt 12 nur 11; die Fortschrittler und Freisinnigen statt 17 nur 14, die Sozialdemokraten aber statt 5 nicht weniger als 16 Mandate erhalten. Wie erheblich übrigens gerade die Sozialdemokraten von dem 3 Mark-Jensius betroffen werden, geht daraus hervor, daß dieselben sogar bei der letzten Reichstagswahl, wo die Verhältnisse besonders ungünstig für dieselben lagen, über 29 pCt. der abgegebenen Stimmen verfügten, während dieser Prozentsatz bei den Landtagswahlen nur 20,5 beträgt.

Aus der Rede des Abg. Bebel zum Etat.

(Mittwoch, den 30. November 1887.)

Abg. Bebel (Soz.): Die Kritik, welche der freisinnige Abg. Widert gestern an dem Etat übte, betraf im Wesentlichen nur kleine Etatposten, und wenn alle seine Einwendungen berücksichtigt würden, so würde der Etat kaum wesentlich verändert werden. Seine Haltung ist auch zu verstehen aus der ganzen Stellung, die er und seine Partei im Hause und im Lande einnimmt, meine Freunde und ich stehen aber auf einem anderen Standpunkte. Wir haben von jeher das ganze hier verfolgte System auf das Entschiedenste bekämpft, vor allen Dingen soweit es den Militäretat betrifft. Derselbe hat in einem Zeitraum von 4 Jahren eine Steigerung um 8 pCt., der Marineetat in derselben Zeit um 35 pCt. erfahren. Bei dem Pensionsfonds findet sich eine Steigerung der Ausgaben um 42 pCt. Während vor 12 Jahren das deutsche Reich seine Schulden befreit, ist die Schuldenlast jetzt bereits sehr erheblich angewachsen. 1874 wurde durch das erste Septennat der Militäretat auf 401 000 Mann festgesetzt. 1880 auf 426 000 Mann, im Laufe des letzten Jahres auf 467 000 Mann. Durch das Landsturmgesetz von 1875 erhielt die Reichsregierung Vollmacht, gegebenen Falls auch die Landsturmmannschaften unter gewissen Bedingungen in die reguläre Armee einzufügen. Dann kam im Jahre 1881 die bekannte Vorlage über die Ausbildung der Reserveemannschaften erster Klasse, die wiederum eine wesentliche Verstärkung der militärischen Kräfte bewirkte, und endlich wird uns, nachdem alle diese verschiedenen Bewilligungen ausgesprochen worden sind und nachdem von Jahr zu Jahr eine Steigerung der militärischen Aufwendungen vorgenommen wurde, diesmal in der Thronrede verkündigt, daß abermals ein Gesetzentwurf eingebracht werden soll, der wahrscheinlich eine neue Organisation der Landwehr und des Landsturms im Sinne einer neuen Verstärkung der Armee herbeiführen wird. Nach den offiziellen Blättern soll diese neue Vorlage zunächst keine bedeutende finanzielle Belastung mit sich bringen; das steht aber doch fest, daß im Falle eines Krieges die Blutsteuer wiederum bedeutend vermehrt wird. Und das alles in einem Augenblicke, wo man uns wiederum versichert, daß man mit den benachbarten Staaten auf freundschaftlichem Fuße stehe, daß Bündnisse mit anderen Nationen hergestellt werden könnten, die eben für den Kriegsfalle ihre eigene Macht der deutschen zur Verfügung stellen und eine Angriffspolitik der uns feindlichen Staaten unmöglich machen.

Ich glaube, es ist da angebracht, nach der eigentlichen Ursache einmal zu fragen, die uns seit 1877 in diese stete Kriegesgefahr gebracht hat. Es ist das die Annexion von Elsaß-Lothringen (Oho!), die Frankreich nicht verzeihen kann und nicht verzeihen wird, und die uns andererseits auch Rußland gegenüber in eine ganz bedenkliche Situation gebracht hat. Als ich im Jahre 1871 im ersten deutschen Reichstage auf diese Situation hinzuweisen mir erlaubte und auf die Folgen hinwies, die nothwendig daraus hervorgehen müßten, und die uns damals bestimmten, gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen als einen großen politischen Fehler uns auszusprechen, da hat man uns als untreue Politiker verläßt, die keine Einsicht in das Wesen der Dinge hätten, und heute sehen wir nun, daß die Annexion von Elsaß-Lothringen allein die ganze politische Lage Europas beherrscht (Lachen rechts). Sie lachen! Es wäre

mir lieber, wenn Sie mich widerlegten. Ich bin sehr neugierig darauf, wie diese Widerlegung ausfallen mag.

Nun entsteht die Frage: wie soll dieser Zustand endigen? Nummer wieder wird versichert, je stärker wir uns rüsten, desto sicherer ist der Friede. Ich sage das Gegentheil: Je mehr die Nationen gegenseitig rüsten, um so ferner ist der Friede. Für diese meine Anschauung habe ich eine Autorität, die Sie gewiß auch als solche anerkennen werden. Ich erinnere an die Worte des Grafen Moltke in der Sitzung vom 4. Dezember 1886 bei der Verathung der Vorlage der Verärgerung der Armee. Er sagte damals: „Ganz Europa starrt in Wassen. Wir mögen uns nach rechts oder nach links wenden, sehen wir unsere Nachbarn in voller Rüstung. Dies Alles drängt mit Nothwendigkeit auf eine baldige Entscheidung hin.“ Auf dieser Bahn schreiten wir nun immer weiter. Die Folge davon wird sein, unsere benachbarten Nationen werden uns auf derselben Bahn folgen; trotz aller Friedensversicherungen werden die Dinge immer weiter gehen bis zum Ausbruch. Eins aber möchte ich noch bemerken: Der nächste Krieg, der aus allen diesen Dingen hervorgehen wird, wird von einer furchtbaren Heftigkeit sein, es wird ein Krieg sein, wie wir ihn noch nie erlebt haben.

Bei allen diesen Verhältnissen sieht man immer deutlich das Bestreben, die Lasten möglichst auf die Masse abzuwälzen. Die Masse hat nicht nur die Blutsteuer in der Hauptsache zu leisten, sondern auch die Grundsteuer.

Trotz aller dieser Belastungen stehen wir abermals einer bedeutenden Erhöhung der Getreidezölle gegenüber. Es wird ja jetzt schon offen zugegeben, daß wenigstens diese neue Verdoppelung der Steuer ausschließlich von den Getreidekonumenten getragen werde, und wenn ich mich nur auf dieses eine Jugeständnis beziehe, dann ist die der arbeitenden Bevölkerung zugemuthete Belastung doch so bedeutend, daß man in der That nicht begreifen kann, wie eine Regierung, die seit Jahren versichert, daß sie auf das Wohl der arbeitenden Klassen bedacht sei, eine solche Vorlage bringen kann. Ich erinnere Sie an eine Rechnung, die ein früheres Mitglied des Reichstags, Herr von Rinnigerode, seiner Zeit aufstellte. Danach giebt ein Zentner Korn erstl. Meie 63 Pfund Mehl und hieraus häßt der Bäcker 90 Pfund Brod. Nun wird Niemand bestreiten, daß die Brodration, welche der Gefangene und der Soldat bekommt, täglich mindestens 1 1/2 Pfund Brod betragen muß, daß also auch diese Summe jeder Mensch mit gutem Appetit verbräut, der sonst kein besonderes Nahrungsmittel zur Verfügung hat. Ein solcher täglicher Brodbedarf ergibt pro Jahr 5 1/2 Zentner, und wenn wir rechnen, daß auch die neue Erhöhung des Zolles auf das Brod geschlagen wird, so hat der Arbeiter 7 1/2 Mark allein an Steuer für das Brod zu zahlen. Bei einer Familie von nur vier Köpfen, wie sie in einer großen Zahl von Fällen vorkommt, würde die jährliche Steuer des Arbeiters allein für Brod demnach 30 Mark betragen bei einem Einkommen, das in vielen Fällen nicht über 500 oder 600, in den meisten Fällen nicht über 700 Mark geht. Ich denke denn doch, daß das ein Schritt ist, den Sie sich sehr überlegen müssen.

Für die Abwälzung der Lasten auf die ärmere Bevölkerung will man diese das Geschenk der Alters- und Invalidenversicherung geben. Ja, wenn die Invalidenversicherung, so wie sie in ihren Grundzügen uns vorliegt, durchgeführt wird, dann hat der Arbeiter im Falle der vollständigen Arbeitsunfähigkeit das, was er jetzt von der Gemeinde erhält, in vielen Fällen erhält er jetzt mehr; und wer trägt die Opfer dieser Versicherung in Wahrheit? Nur der Arbeiter allein. Allerdings heißt es, er soll nur ein Drittel bezahlen, während das zweite Drittel das Reich und das dritte Drittel der Unternehmer geben soll. Wir wissen aber, daß das zweite Drittel in Wirklichkeit der Arbeiter allein zahlt, denn was das Reich giebt, hat er an indirekten Steuern zehn Mal bezahlen müssen. Sie geben aus der linken Reichstasche nun das, was in die rechte Reichstasche zehn Mal hineingekommen ist. Auch das letzte Drittel, welches der Unternehmer tragen soll, kommt in Wirklichkeit vom Arbeiter, denn erst aus dem Arbeitsertrage der Arbeiter hat der Unternehmer sein Einkommen. In dieser Form stellt sich dem Arbeiter bereits die ganze soziale Reform vor. Ein jeder weiß ja, wie ein Unternehmer in der Lage ist, dem Arbeiter indirekt doppelt das abzunehmen, was er direkt von Staatswegen für ihn zahlen muß. Wenn wir also einen Zweifel hätten, so brauchen wir nur die Haltung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen zu beobachten, welche daran sind, die freien Hilfsklassen, obgleich sie zu deren Unterhalt nicht das mindeste beizutragen haben, als sozialdemokratische Einrichtungen zu denunzieren und zu Grunde zu richten, weil sie eben wollen, daß die ganze Organisation der Sozialreform in die Hände der Unternehmer kommt und zu einem wesentlichen Unterdrückungsmittel der Freiheit und der Arbeiter wird. Dieses Gefühl herrscht in den weitesten Kreisen der Arbeiter über die ganze Sozialreform. Hand in Hand damit gehen die Maßregeln auf dem Gebiete des Fachvereinswesens, die Auflösung, die Streikerlasse, welche dem Arbeiter die Erlangung von Lohnerhöhungen unmöglich machen. Im selben Augenblicke, wo Sie daran sind, die Krönung des Gebäudes durch die Reichsinvalidenversicherung vorzunehmen, kommen Sie nicht bloß mit Erneuerung, nein mit Verlängerung und Verschärfung des Sozialistengesetzes. Das ist die offizielle Bankrotterklärung der ganzen Reformgesetzgebung.

Vor sieben Jahren noch schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, wenn die Invalidenversicherung als Krönung des Gebäudes da sein werde, dann sei die Zeit gekommen, das Sozialistengesetz aufzuheben. Das Gegentheil ist eingetroffen. Nun, wir sind bis heute damit fertig geworden und werden auch künftig damit fertig werden. Sie arbeiten in einer Weise auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hin, daß uns eigentlich auf diesem Gebiete nichts mehr übrig bleibt (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und wir untererseits geben unser Wort, wir werden diese Maßregeln in genügendem Maße auszubehalten wissen. Unzufriedenheit herrscht bereits an allen Ecken und Enden angesichts dieser Zustände, und die Unzufriedenheit wird bleiben und wachsen, mögen Sie auch noch zu ganz anderen außerordentlichen Maßnahmen in der inneren und äußeren Politik greifen.

Wir werden unserer Stellungnahme zu dem gegenwärtigen System dadurch Ausdruck geben, daß wir gegen den Etat stimmen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bereine und Versammlungen.

Den Maurern Berlins zur Nachricht, daß das Statut des Vereins zur Unterstützung erkrankter und verunglückter Maurer Berlins die staatliche Genehmigung erhalten hat. Zweck des neuen Vereins ist, erkrankte und verunglückte Mitglieder, bzw. deren Familien nach Kräften zu unterstützen, sowie durch Belehrung über die Entstehung und Verhütung von Krankheitsfällen das Wohl der Mitglieder zu fördern. Mitglied kann jeder in Berlin wohnende, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Maurer werden. Das Eintrittsgeld beträgt 30 Pf., der monatliche Beitrag 20 Pf. Die Höhe der zu zahlenden Unterstützung, welche von der zweiten Woche der Erkrankung ab gezahlt wird, wird von der Mitgliederversammlung bestimmt, darf jedoch die Höhe von 6 Mark pro Woche nicht übersteigen. Ueber die Dauer der Unterstützung soll ebenfalls die Mitgliederversammlung Beschluß fassen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher und verw. Berufsgenossen tagte am Montag, den 28. v. M., in Rumbold's Lokal, Köpenickerstr. 100. Auf der Tagesordnung stand 1. Statuten-Erörterung. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Die Kollegen Klinger, Boginski und Krause besprachen die einzelnen

Punkte des § 1 ausführlich. Zum 2. Punkt der T.-O. wurde ein Antrag, Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher ohne Einschreibegeld in den Verein aufzunehmen, angenommen. Abdann wurde bekannt gemacht, daß am 1. Weihnachtstage ein Vergnügen stattfindet und Büllets hierzu bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben sind. Die nächste Versammlung soll am 12. Dezember stattfinden.

Der Fachverein der Former und Berufsgenossen hielt am 21. November in Krüger's Salon, Wasserthorstraße 68, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Körtzen hielt einen interessanten Vortrag über das immense Steigen der Metallpreise. Redner führte an, daß dieses Steigen wohl die dringendste Frage sei, da es auf den Former einen Druck ausübt, unter welchem er pekuniär zu leiden hat. Das Kupfer, welches wir vom Ural, von Schweden, Amerika, und Mannsfeld beziehen, ist besonders in Folge der Choleraepidemie in Chile geisterte, da das dortige Kupfer das beste ist, die Bergwerke dort sehr ergiebig sind und demnach Chile den Weltmarkt beherrscht. Die Epidemie wurde vor einigen Monaten von Indien nach Chile eingeschleppt. Anstatt durch ärztliche Hilfe die Epidemie zu bekämpfen, griffen die Jesuiten zu dem bekannnten Mittel, dies für ein Gottesgericht zu erklären, welches nur durch Prozessionen und Fasten zu mildern sei. Die Arbeiter verließen in ihrer Angst die Bergwerke und folgten der Fahne der Jesuiten. Da nun die Erze in den Gruben blieben, so kam wenig oder gar nichts auf den Markt und die Preise stiegen. Dasselbe passirte Ende der 70er Jahre durch den philippinisch-peruanischen Krieg ebenfalls. Redner äußerte zum Schluß: Man sollte dem Volke gesunde Anschauungen geben, so würden manchmal kleine Ursachen keine so große Wirkung haben. Reicher Beifall lohnte den Redner. An der Diskussion nahmen mehrere Kollegen theil, welche sich im Sinne des Herrn Körtzen aussprachen. Zum Punkt: Verschiedenes referirte Kollege Stein als Komiteemitglied über unser Stiftungsfest, welches am 17. März 1888 in den früheren Vuggenhagen'schen Sälen am Moritzplatz stattfand. Ferner sprach Kollege Behrnb über den Arbeitsnachweis und forderte die Kollegen auf, Räum für Mann mitzuwirken an der großen Aufgabe, welche der Verein sich gestellt hat. Nach Beantwortung mehrerer Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

— Eine große öffentliche Schuhmacher-Versammlung findet am Montag, den 5. Dezember, im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in derselben zu erscheinen.

— Fachverein der Buchbinder und verwandter Berufsgenossen (Verbandsverein). Sonnabend, 3. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Restaurant Meyer, Alte Jakobstr. 83. Tagesordnung: 1. Ueber Legitimationsweien der Arbeitsbücher. 2. Antrag des Vorstandes, das Stiftungsfest betreffend. 3. Antrag auf Gewährung einer Entschädigung des Kassirers. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Um recht zahlreichen Besuch bittet der Vorstand. Gäste willkommen.

— Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute. Lokalverband Berlin Moabit. Montag, den 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Stromstr. 28. Tagesordnung: 1. Praktisch gewerblicher Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.

— Verband deutscher Zimmerleute. (Lokalverband Berlin Nord) Mittwoch, den 7. d. M., Abends 8 Uhr, in Zimmermann's Restaurant, Köpenickerstr. 17, Versammlung. Tagesordnung: 1. Wie feiert der Lokalverband Berlin Nord sein 2. Stiftungsfest? 2. Die Kaserverhältnisse des Lokalverbandes. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten.

— Fachverein der Bucker. Sonntag, den 4. Dezember, Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Scheffer, Inselstr. 10, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrags- und Gesamt-Abstimmung über das verordnete Statut. 2. Wahl zur Ergänzung des Vergütungs-Komitees zum Rosenball. 3. Sonstige Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. Um recht zahlreiche und pünktliche Theilnehmung ersucht der Vorstand.

— Verein der Parquetbodenleger Berlins. Sonntag, den 4. Dezember, Abends 6 Uhr, gemüthliche Zusammenkunft im Vereinslokal, Rauerstraße 86. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Das Vergütungskomitee.

— Fachverein der Rohrleger. Sonntag, den 4. d. M., Vormittags 10 Uhr, bei Nieß, Kommandantenstraße 71—72, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Redner über Dampf-Niederdruck-Heizung, System Nahrung u. Peltich. 2. Abrechnung von der Landpartie und vom Wintervergütigen. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Der Arbeitsnachweis befindet sich Dreddenstr. 48 bei Herrn Gemrich.

— Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend. Versammlung am Sonntag, den 4. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr, Oranienstr. 51 bei Preuß.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 3. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Mathies, Andreasstraße 26, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kasenbericht. 2. Neuwahl der gesammten Ortsverwaltung für das Jahr 1888. 3. Fortsetzung der Statutenberathung. 4. Verschiedenes.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale Berlin II. Sonntag, den 4. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a. Tagesordnung: 1. Kasenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.

— Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sächsischer Berufs-Klassen. Berlin III. Sonnabend, den 3. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 38 bei Schmidt, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. Beitrittserklärungen werden in der Versammlung sowie in seiner Wohnung vom Kassirer H. Rudolph, Koloniestr. 150a, entgegengenommen.

— Kranken- und Begräbniskasse der Bau- und Fabrikarbeiter Berlins. (E. S. 13.) Außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder am Sonntag, den 4. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Soeger, Grüner Weg 29. Tagesordnung: Vorstandswahl. Das Umtagsbuch legitimirt.

— Sanitäts-Verein für Arbeiter beiderlei Geschlechts (E. S. 85) zu Berlin. Der Statuten-Nachtrag ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt und ist derselbe am 1. Dez. a. cr. in Kraft getreten. J. A.: P. Dumbt, Vorsitzender.

— Verein der Sattler und Fachgenossen. Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 20, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Heymann über: „Bau- und Buchdruckerkunst“. 2. Diskussion und Fragekasten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

— Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Sonntag, den 4. d. M., Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn Bogtherr über „Die Begriffe des Lebensglücks“. Damen und Herren als Gäste willkommen. — Die Gemeinde veranmaltet am 11. Dezember einen Bazar. Geeignete Gegenstände zum Verkauf wie auch Geld nehmen die Vorstandsmitglieder entgegen.

Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme: Der Aufruf für die Stadtverordnetenwahl im „Berliner Voss'sblatt“ enthielt auch meine Unterschrift. Ich erkläre hiermit, daß man mich um die Erlaubniß meiner Unterschrift gar nicht erudht hat und daß ich auch, selbst wenn letzteres geschehen sein würde, meinen Namen für jenen Aufruf nicht hergegeben hätte. Hans Fischer, Admiralsstr. 38.